

Arbeit & Wirtschaft



Zum Greifen nah

Einmal um die ganze Welt – dorthin, wo unser Konsum billig produziert wird, Gewalt lauert, nur die Regeln mächtiger Profiteure gelten und wo Arbeit keine Rechte hat.

Plötzlich aufgewacht / 14

Warum die Pandemie
Kinderarbeit weiter verschärft

Bauen für den Emir / 32

Wie wenig Menschenrechte für
die Fußball-WM in Katar zählen

#5



MICHAEL MAZOHL CHEFREDAKTEUR
ANJA MELZER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
WOLFGANG DORNINGER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe

Sonja Adler, Sharan Burrow, Wolfgang Dorninger, Monika Feigl-Heihs, Johannes Greß, Thomas Jarmer, Michael Mazohl, Stefan Mayer, Anja Melzer, Magdalena Miedl, Miriam Mone, Brigitte Pellar, Werner Reisinger, Oliver Röpke, Alexandra Rotter, Henrike Schaum, Christian Domke Seidel, Marcel Stammen, Christina Weichselbaumer, Alexia Weiss, Markus Zahradnik, Max Zirngast

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impresum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22 und
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
 zeitschriften@oegbverlag.at
 www.oegbverlag.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudörfel, Biokfordstr. 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudörfel**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Johannes Bagga, Daniel Kern
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. Mwst.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. Mwst.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede Autor*in trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter*innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Ausgewählte Mitwirkende dieser Ausgabe**ALEXIA WEISS**

JOURNALISTIN & AUTORIN

Bewundernswert, woher Alexia all die Energie nimmt, einen guten Artikel nach dem anderen für uns und nebenbei auch noch erstklassige Bücher zu schreiben. Ihr neuestes ist gerade erst erschienen: „Jude ist kein Schimpfwort“ über jüdisches Leben in Österreich.

**STEFAN MAYER**

FREIER JOURNALIST

Seit Jahren schreibt Stefan für das Fußballmagazin „Ballesterer“. Wer, wenn nicht er könnte uns also eine Geschichte zur anstehenden WM in Katar liefern? Herausgekommen ist ein bedrückender Bericht über die verheerenden Zustände auf den Stadionbaustellen.



Unseren Allrounder **Werner Reisinger** haben wir dieses Mal mit dem großen Interview ab **S. 18** betraut – und zwar mit Attac-Mitbegründerin Alexandra Strickner. Das Gespräch gibt es übrigens auch als **Podcast-Folge zum Nachhören!**

So fern und doch so nah



**ANJA MELZER
MICHAEL MAZOHL**
REDAKTION

Während der Arbeit an dieser Ausgabe erreichte uns eine schreckliche Nachricht aus San José in Kalifornien. Ein Mann hatte während eines Gewerkschaftstreffens in einem Straßenbahnbetrieb um sich geschossen und acht seiner Kolleg*innen sowie am Ende sich selbst getötet. Viele weitere erlitten schwerste Verletzungen. Bis Redaktionsschluss waren die Hintergründe der Tat an jenem Maitag mitten in der Frühschicht noch nicht vollständig geklärt.

Amokläufe am Arbeitsplatz passieren gerade in den Vereinigten Staaten immer wieder. Gesamtamerika war laut dem globalen IGB-Rechtsindex 2020 die tödlichste Region für erwerbstätige Menschen. Auch hierzulande berichten Medien regelmäßig über solche Schießereien. Worüber wir allerdings wenig lesen: über brutale Gewalt, Unterdrückung, Willkür oder Verhaftungen am Arbeitsplatz andernorts. Wir haben uns für dieses Heft auf eine weite Reise begeben – nicht zu den paradiesischen Traumzielen, mit denen die Tourismusbranche im Zuge des sommerlichen Pandemie-Abklingens gerade wieder lockt, sondern zu den gefährlichsten Orten für Erwerbstätige auf der ganzen Welt. Das Globus-symbol wird Ihnen beim Blättern immer wieder zeigen, in welcher Region der Erde Sie sich beim Lesen gerade befinden.

Menschenrechts- und Arbeitsrechtsverletzungen sind Teil verschiedenster Debatten. Unternehmen müssen endlich Verantwortung für ihre Lieferketten übernehmen. Dass in vielen Produkten zum Beispiel nur allzu oft Kinderarbeit steckt, das erzählt uns eine Story aus Sri Lanka. Eine andere, welche Gesetzesverstöße Österreich, Deutschland und die Schweiz beim Thema Lieferketten gerade wagen. Auch das Thema Fluchtmigration und ihre Gründe haben wir uns genauer angesehen. Gewerkschaften weisen seit Jahren darauf hin, dass der globale Wohlstand ungleich und ungerecht verteilt ist. Auf wessen Kosten wir eigentlich im Alltag leben, beleuchtet unsere Coverstory.

All unsere Geschichten offenbaren: Globalisierung spaltet die Welt – in Gewinner*innen und Verlierer*innen, in Nutznießer*innen und Marginalisierte, in Blöcke der Macht und ohnmächtige Außenseiter*innen. Diese Ausgabe liefert mitunter starken Tobak, doch wir müssen hinschauen, damit sich etwas ändern kann. **■**

Inhalt

RETURN TO SENDER

06 Auch wenn man es gerne verdrängt: Es herrschen eklatante globale Ungleichheiten. Reiche Länder leben auf Kosten ärmerer. Auch für Österreich gilt: Für vieles zahlen andere die Rechnung. Die Coverstory räumt mit Scheinrealitäten auf.

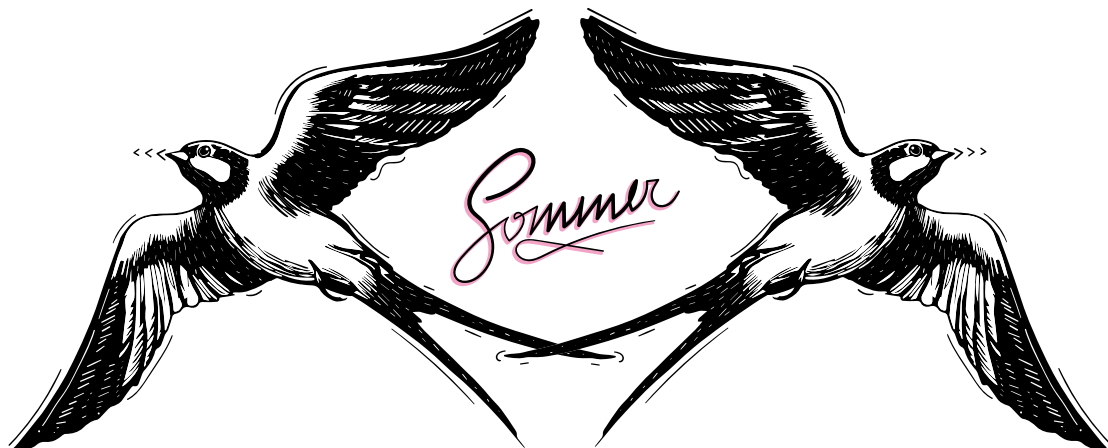
WIE DER MENSCH VERSCHWINDET

26 Unser Autor Christian Domke Seidel ist zusammen mit dem Fotografen Marcel Stammen tagelang bei schlechtem Wetter durch einen der größten Häfen Europas marschiert: den Hamburger Hafen. Mitgebracht haben sie eine überraschende Reportage.

SUCHE: NEUE PERSPEKTIVE

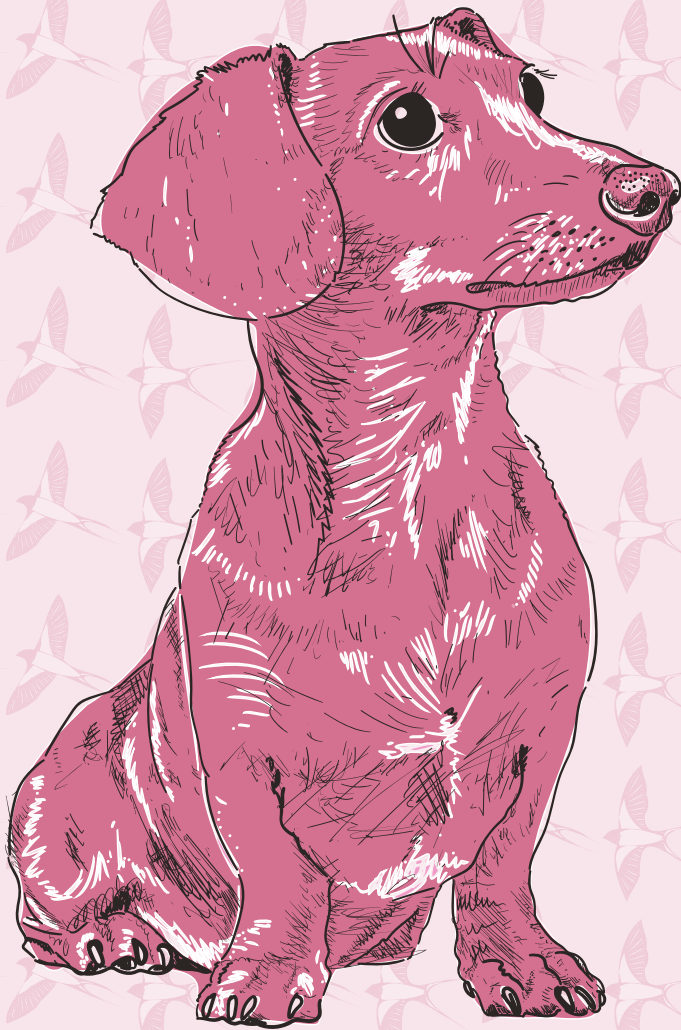
36 Bei Flucht denken die meisten an Krieg, Terror, Menschenrechtsverletzungen. Eine neue Studie plädiert für einen Perspektivenwechsel, wenn man auf die Fluchtgründe schaut. Auf der Suche nach Lösungen und vom Recht, nicht gehen zu müssen.

Was macht die Pandemie mit Arbeitnehmer*innenrechten?	11
Die „große Frage“ beantwortet von Sharan Burrow	
Frei heißt noch lange nicht fair	12
Ein Kommentar zu Freihandelsabkommen	
Und plötzlich sind wir aufgewacht	14
Über Kinderarbeit in Sri Lanka	
„Wir zahlen doppelt und dreifach“	18
Im Gespräch mit Attac-Mitbegründerin Alexandra Strickner	
Neue Regeln für die Globalisierung	22
Warum es Lieferkettengesetze braucht	
Die schlimmsten Länder der Welt	24
Wo Erwerbstätigen Lebensgefahr droht	
Bauen für den Emir	32
Menschenrechtsverletzungen in Katar	
EU-Handelsstrategie: Ist auch drin, was draufsteht?	35
Ein Expert*innen-Beitrag auf dem A&W-Blog	
Zwei Länder, ein Leben	40
Über die Zerrissenheit von 24-Stunden-Betreuerinnen	
Rassismus-Blockade gegen Gewerkschaften	44
Über den Gewerkschaftsaufbau in ehemaligen Kolonien	
Jetzt aber wirklich?	46
Das letzte Wort dieses Mal hat Oliver Röpke	



Arbeit & Wirtschaft

Einfach folgen!



Reihen auch Sie sich ein – und folgen Sie den **Social-Media-Kanälen der Arbeit & Wirtschaft**, um ganz nah am aktuellen Geschehen zu sein! Auf **Facebook, Twitter, Instagram und YouTube** liefern wir täglich spannende Hintergründe und Videos zu Politik, Arbeitswelt sowie Wirtschaft aus dem In- und Ausland. Liken und mitdiskutieren!

Denn die Wirtschaft, das sind wir alle.

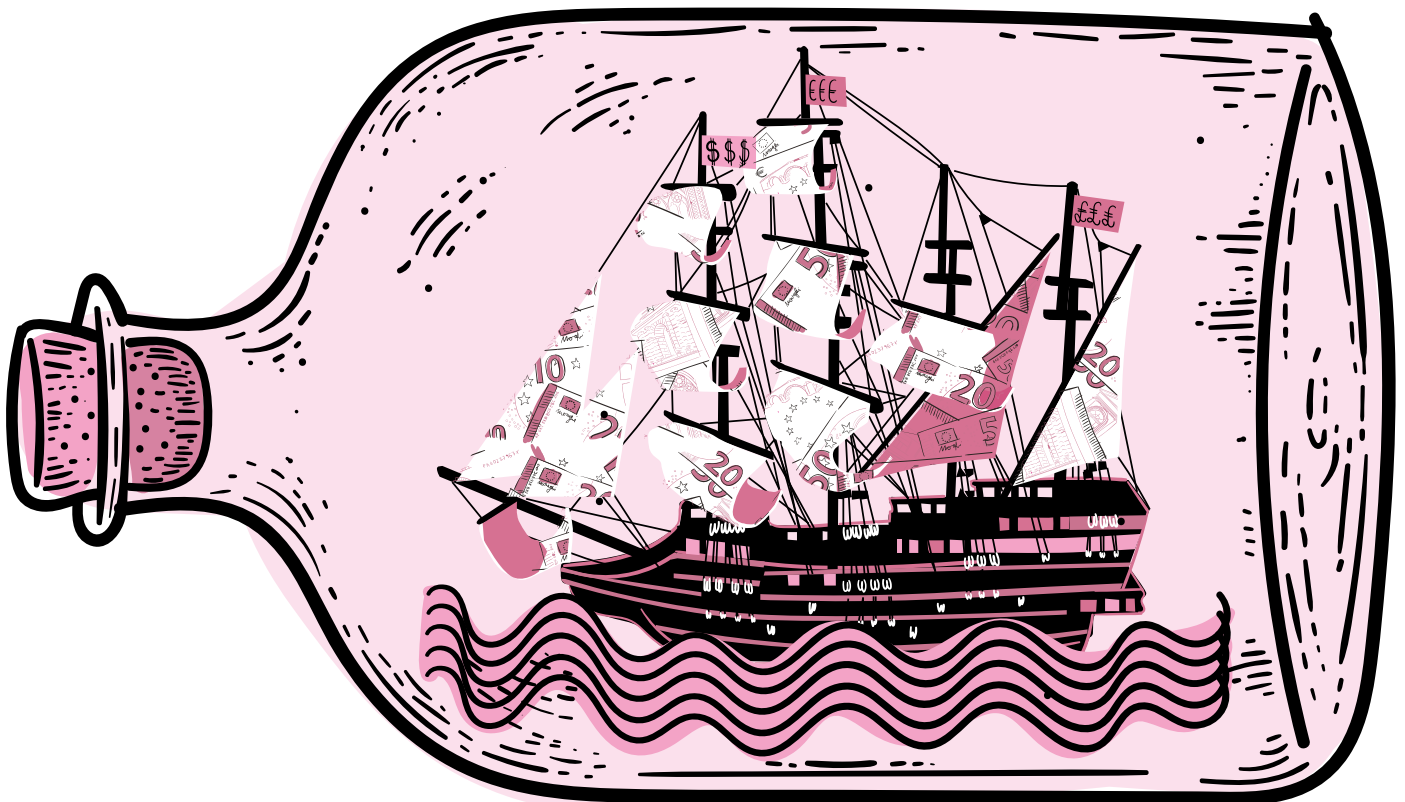
    /AundWMagazin

www.arbeit-wirtschaft.at

Return to Sender

Die reichen Gesellschaften im Norden leben seit Jahrhunderten auf Kosten des globalen Südens. Eine Tatsache, die gerne verdrängt wird. Doch wie alles Verdrängte kehrt auch dieses irgendwann zurück.

TEXT JOHANNES GRESS



○ft reicht ein genauer Blick auf eine Tomate, um vieles besser zu verstehen. Über Wirtschaft. Globalisierung. Handelspolitik. Ausbeutung. Und über die Psyche. Denn zu viel Tomaten-Wissen vertragen wir nicht.

Es sind Tomaten aus der Europäischen Union, meist aus Süditalien, die im westafrikanischen Ghana zu Spottpreisen vertrieben werden. Zu Preisen, die den ghanaischen Tomatenbauern den wirtschaftlichen Garaus machen. Denn sie erhalten – im Unterschied zu europäischen Agrarkonzernen – keine Subventionen und sind den europäischen Dumpingpreisen ausgeliefert.

Es sind ghanaische Tomatenbauern, die dann bar ihrer ökonomischen Existenz als sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ übers Mittelmeer in die EU kommen. Und es sind ghanaische Tomatenbauern, die unter sklavenähnlichen Bedingungen auf Süditaliens Feldern Tomaten ernten. Tomaten, welche in ihr Heimatland exportiert werden. Tomaten, die „Kugeln im Roulette der unfairen globalen Handelspolitik“, wie es im Vorspann der Doku „Displaced: Tomaten und Profitgier – Ghanas Bauern auf der Flucht“ heißt.

Politische Macht zu Papier

Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Ghana sind in einem Economic Partnership Agreement (EPA) verbrieft, welches – angeblich zu beider Vorteil – den Handel zwischen den Vertragspartnern liberalisieren soll. Liberalisieren, das klingt nach Freiheit. „Doch frei ist da eigentlich wenig“, erklärt Henrike Schaum, Referentin der Abteilung EU und Internationales der AK Wien. Vielmehr sichert sich die EU – unter dem Deckmäntelchen des Freihandels – mittels solcher Verträge den Zugang zu wichtigen Rohstoffen und Märkten. „Derlei Handelsverträge verfestigen und intensivieren bestehende Ungleichgewichte“, so Schaum.

Es sind politische Machtverhältnisse, Herrschaftsbeziehungen, die in diesen Handelsverträgen zu Gesetzen gerinnen – ausformuliert und zu Papier gebracht von einem EU-Beamt*innenapparat, der in die Tausende geht. Und die Ressourcen ihrer Vertragspartner*innen bei Weitem übersteigt. „Solche Abkommen werden hinter verschlossenen Türen verhandelt, ohne Parlamente, zivilgesellschaftliche Akteure oder Gewerkschaften ernsthaft miteinzubeziehen und ohne soziale und ökologische Kosten zu berücksichtigen“, kritisiert Schaum. Ein Beamt*innenapparat, der zuvorderst Kapitalinteressen verfolgt.

Doch die sogenannten Freihandelsverträge sind nur der papiergewordene Ausdruck einer viel umfassenderen Abhängigkeits- und Unterdrückungsbeziehung zwischen den Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens. Die historischen Wurzeln dieser Beziehungen liegen Jahrhunderte zurück. „Die Ausbeutung von Rohstoffen war von Anfang an eine Antriebsfeder des Kolonialismus“, erklärt Karin Küblböck, Ökonomin an der Österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung (ÖFSE).

In der Literatur ist vom „Ressourcenfluch“ die Rede. Zwar besitzen Länder wie die Demokratische Republik Kongo oder Chile reiche Vorkommen an sogenannten „strategischen Rohstoffen“ wie Kobalt oder Lithium – Mineralien, die für die Produktion von Smartphones oder Elektro-Autos unverzichtbar sind. Doch die Verarbeitung und damit die Wertschöpfung findet in anderen Ländern statt. Dadurch werde die Abhängigkeit von Rohstoffexporten fortgeschrieben, so Küblböck.

Dass die meisten rohstoffreichen Länder zu wenig von diesem Reichtum profitieren, liegt zum einen an stark schwankenden Rohstoffpreisen, erklärt die Expertin für Rohstoffpolitik und internationalen Handel. Devisen- und Steuereinnahmen sind dadurch in hohem Maße von Entwicklungen abhängig, die ein Staat selbst nicht beeinflussen kann. Durch die „Finanzialisierung“ des Rohstoffhandels – also den gestiegenen Einfluss von Finanzinvestoren – hat diese Dimension noch einmal an Bedeutung gewonnen.

Das Schicksal ganzer Staaten liegt somit zu einem beträchtlichen Teil in den Händen einer Art überirdischer Kraft namens Markt. Fällt die Kaffee-Ernte in Brasilien überdurchschnittlich gut aus, muss der Kaffeebauer in Uganda um seine Existenz fürchten, denn das brasilianische Mehrangebot drückt den Preis. Je niedriger die Temperaturen in Brasilien, desto üppiger das Abendessen in Uganda.

Charakteristisch für den globalen „ungleichen Tausch“ ist andererseits die Tatsache, dass niedrig entlohnte, arbeitsintensive Produktionsschritte und Rohstoffextraktion tendenziell im globalen Süden stattfinden, erklärt Karin Fischer, Leiterin des Arbeitsbereichs Globale Soziologie und Entwicklungsforschung an der Johannes Kepler Universität Linz, während wissensintensive Tätigkeiten

Wasserverbrauch durch Konsum in Österreich Nur 1/6 davon wird direkt in Österreich verbraucht





„Die Ausbeutung von Rohstoffen war von Anfang an eine Antriebsfeder des Kolonialismus“, sagt Karin Küblböck, ÖFSE-Ökonomin über die Wurzeln der Freihandelsabkommen.

ten im globalen Norden abgewickelt werden. Doch Profite werden am Ende, nicht am Anfang der Wertschöpfungskette erzielt: „In den Konzernzentralen verbleibt der höchste Gewinn.“

Gewalt und Morde

Regionen und Standorte werden nicht zufällig, sondern „selektiv“ in den Weltmarkt eingebunden, erklärt Fischer. Auf der Suche nach „Standortvorteilen“ sieht sich das Kapital nach Produktionsstätten um, an denen Arbeitskosten und Arbeitnehmer*innenschutz minimal sind. Gerade der Rohstoffabbau ist ein enorm gewalttätiger Sektor, in welchem oft Militär oder private Sicherheitsdienste die Produktionsbedingungen sichern und regelmäßig Aktivist*innen verschwinden. Laut der Organisation Global Witness wurden im Jahr 2019 weltweit 212 Umweltaktivist*innen ermordet, so viele wie nie zuvor.

Hinzu kommt der sogenannte „ökologisch ungleiche Tausch“. „Die Produkte, die wir konsumieren, hinterlassen am Ort der Extraktion großen Schaden – durch Eingriffe in die Natur, Verschmutzung, Emissionen, enormen Land-, Wasser- und Energieverbrauch“, so Fischer. Schäden und Emissionen, die in der europäischen oder der österreichischen Umweltbilanz nicht auftauchen, obwohl die Produkte für den Export produziert werden.

Gleichzeitig wollen wir alle irgendwie teilhaben, dazugehören. Uns modisch kleiden, per Smartphone kommunizieren, ein Einfamilienhaus bewohnen, in den Urlaub fliegen. Oder sind beispielsweise auf ein Auto angewiesen, weil das öffentliche Verkehrssystem unzureichend ausgebaut ist. Oder greifen im Supermarkt zum Billigfleisch, weil das eigene Budget nicht mehr hergibt. Auch wenn das vielleicht dem eigenen ökologischen oder moralischen Gewissen widerspricht.

Die Politikwissenschaftler Ulrich Brand von der Universität Wien und Markus Wissen von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin sprechen in diesem Zusammenhang von einer „im-

perialen Produktions- und Lebensweise“. Die Art und Weise, wie wir im globalen Norden produzieren und konsumieren, basiert zu großen Teilen auf der „Externalisierung“ der sozialen und ökologischen Kosten dieser Produktions- und Lebensweise. Kurz: Andere bezahlen anderswo die Rechnung für unseren Wohlstand, für unser ganz normales Leben.

Irgendwer, irgendwo

Dabei ist Österreich, trotz überschaubarer Größe, ein nicht zu vernachlässigender Akteur. Pro Kopf und Tag hat eine in Österreich lebende Person laut einem Bericht des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums einen Material-Fußabdruck von 71 Kilogramm. Österreich steht damit EU-weit an fünfter Stelle. Jedoch werden nur 50 Kilogramm davon innerhalb der österreichischen Grenzen verursacht. Noch deutlicher ist die Diskrepanz beim Wasserverbrauch: Von den knapp 4.400 Litern pro Kopf und Tag, die hierzulande durch Konsum induziert werden, wird nur ein

„Wenn von Resilienz die Rede ist, tritt die Frage nach den Ursachen in den Hintergrund.“

Stefanie Graefe, Soziologin

Sechstel direkt in Österreich verbraucht. Auch hier gilt: Die Rechnung zahlen andere anderswo – irgendwer, irgendwo.

All das, „die Ungleichheitsbeziehungen in unseren alltäglichen Produkten“, deren soziale und ökologische Folgen, können wir uns nicht bei jedem Supermarktbesuch vergegenwärtigen – „das ist nur durch Abspaltung und Verdrängung möglich“, erklärt Soziologin Fischer. Inmitten dieser „Vielfachkrise“, der ökologischen, politi-



„Wir haben über Jahrzehnte in einer Art Scheinrealität gelebt“, kritisiert AK-Expertin Henrike Schaum. Wohlstand habe zu Verdrängung gravierender Probleme geführt.

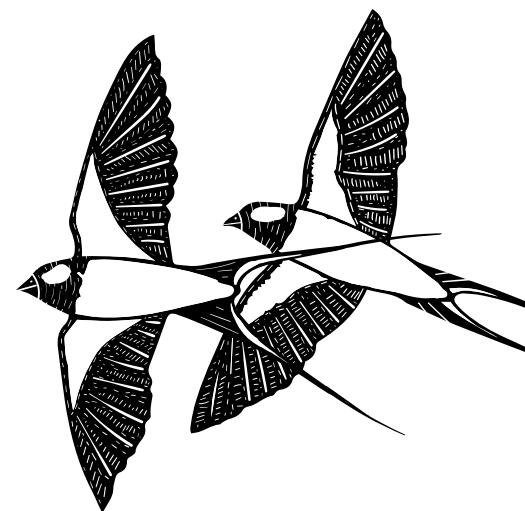
schen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Krise(n), ist daher vielfach von „Resilienz“ die Rede. Stefanie Graefe, Privatdozentin und Soziologin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, beobachtet, wie sich in den letzten Jahren ein ganzer Markt an Ratgeberliteratur, Dienstleistungen und Workshops um das Thema „Resilienz“ entwickelt hat. Eine Tendenz, die Graefe überaus kritisch sieht: „Wenn von Resilienz die Rede ist, tritt die Frage nach den Ursachen in den Hintergrund.“ Dann steht einzig die Frage nach der Wiederherstellung des Status quo im Fokus. Versuche, diese Krisenphänomene als Symptome einer größeren, systemischen Dysfunktionalität zu betrachten, werden dadurch vereitelt.

Die COVID-19-Pandemie, so Graefe, sei ein treffendes Beispiel: Längst ist bekannt, dass eine globalisierte Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, industrielle Massentierhaltung und die sukzessive Zerstörung tierischen Lebensraums die Wahrscheinlichkeit für Pandemien erhöht. Virolog*innen warnen seit Jahrzehnten davor. Doch nach einigen Wochen allgemeiner Verunsicherung und Orientierungslosigkeit war spätestens im Mai vergangenen Jahres die Frage nach dem „Zurück-zur-Normalität“ diskursbestimmend. „Resilienz ist ein Krisenbewältigungskonzept, das grundsätzliche – aber notwendige – Strukturfragen verdrängt“, kritisiert Graefe. Graefe spricht von Resilienz als einem „unpolitischen Konzept, mit tendenziell konservativer und systemstabilisierender Ausrichtung“.

Neben uns die Sintflut

Es gibt noch einen weiteren Punkt, der eine politische Auseinandersetzung um die Ungleichheitsbeziehungen zwischen globalem Norden und Süden verhindert. „Den eigenen Wohlstand zu wahren, indem man ihn anderen vorenthält, ist das unausgesprochene und uneingestandene Lebensmotto der ‚fortgeschrittenen‘ Gesellschaften im globalen Norden – und ihre kollektive Lebenslüge ist es, die Herrschaft dieses Verteilungsprinzips und die Mechanismen seiner Sicherstellung vor sich selbst zu verleugnen“, schreibt der Soziologe

Stephan Lessenich in seinem Buch „Neben uns die Sintflut“. Laut Lessenich existieren eine Vielzahl an Legitimationserzählungen, die die himmelschreienden Ungerechtigkeiten ideologisch retuschieren und für den Einzelnen somit psychologisch verdaubar machen. Lessenich spricht von einem verallgemeinerten „Nicht-wissen-Wollen“: der Versuch, das Wissen oder zumindest die Ahnung um die Ausbeutung anderer Weltregionen vom „kollektiven Gefühlsleben“ abzutrennen. Einer dieser Versuche besteht im bereits angesprochenen Euphemismus „Freihandel“, der impliziert, hier handle es sich um einen Austausch unter „Gleichen“, jedem Land stünde also offen, das Beste aus seiner Situation zu machen. Ein weiterer Verdrängungsmechanismus besteht laut Lessenich in rassistischen Stereotypen: Die da könnten es eben nicht besser. Würden eben nicht so viel leisten wie wir. Seien selbst schuld an ihrer misslichen Lage. Systemische Fragen und solche nach Macht- und Herrschaftsbeziehungen, also politische Fragen, werden dadurch ausgeblendet, verdrängt. Und die eigene privilegierte Position legitimiert.



DREI FRAGEN ZUM THEMA

Doch wie alles Verdrängte – und hier sind wir bei der Psychoanalyse angelangt – findet auch das der imperialen Lebensweise seinen Weg irgendwann zurück an die Oberfläche, zurück ins Bewusstsein. In Form einer ökologischen Krise, die sich nicht mehr nur in abstrakten Expert*innenprognosen und verklausulierten Klimaberichten manifestiert, sondern in Form von Überschwemmungen, Hitzesommern und Waldbränden immer konkreter wird. In Form von Migrant*innen, die ihrer ökonomischen Existenz beraubt im Mittelmeer zu Tausenden ertrinken, in griechischen Lagern dahinsiechen – oder in Süditalien als sogenannte „moderne Sklaven“ Tomaten ernten. Oder in Form einer Pandemie, die weltweit (laut offiziellen Zahlen der Johns Hopkins University) bisher 3,7 Millionen Opfer forderte und deren gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Folgen bis dato unabschätzbar sind.

Fragen nach dem „guten Leben“

„Wir haben über Jahrzehnte in einer Art Scheinrealität gelebt“, kritisiert AK-Expertin Henrike Schaum. Dass im globalen Norden die meisten zumindest etwas vom Wohlstandskuchen abbekommen haben, „hat gereicht, dass man die sozialen und ökologischen Verwerfungen, die diese Lebensweise mit sich bringt, verdrängen konnte. Wir haben uns lange auf ein falsches Versprechen eingelassen: Es werde nur Gewinner*innen geben. Doch letzten Endes haben nur wenige wirklich profitiert, während der Druck auf Arbeitsbedingungen und Löhne steigt und Umweltzerstörung zunimmt – sowohl im Norden als auch im Süden.“

Es ist an der Zeit zu fragen: Wie hoch sind die sozialen und ökologischen Kosten, für welchen – und für wessen – Nutzen? Denn während die Einkommens- und Vermögenszuwächse der letzten Jahrzehnte vor allem auf das Konto des weltweit reichsten Prozents gingen, ist es die breite Masse der weniger Privilegierten – im globalen Norden wie im Süden –, die am meisten von den ökologischen und sozialen Folgen betroffen ist.

„Wir wissen“, sagt Fischer, „dass steigender Materialkonsum ab einem bestimmten Punkt nicht mehr zu mehr Wohlstand führt.“ Fragen nach dem guten Leben müssten daher wieder verstärkt in den Fokus rücken, abseits von Wirtschaftswachstum und materiellem Besitz. Diese Fragen können nicht dem Einzelnen aufgebürdet und schon gar nicht über einzelne Konsumententscheidungen beantwortet werden – „es geht um eine politische Auseinandersetzung und die Veränderung von Strukturen!“, fordert Fischer.

Es gilt, die Roulette-Kugeln der globalen Handelspolitik nicht durch fair oder ökologisch gehandelte Tomaten auszutauschen – sondern die Spielregeln insgesamt zu ändern. ▀

an Ulrich Brand

Professor für Internationale Politik, Universität Wien

Sie haben den Begriff der „Imperialen Produktions- und Lebensweise“ entwickelt. Worum geht es dabei?

Wenn man in einem materiell wohlhabenden Land des globalen Nordens lebt, greift man systematisch auf Produkte zurück, die von billigen Arbeitskräften andernorts produziert wurden und für die häufig natürliche Ressourcen ausgebeutet wurden: T-Shirts, Handys, Autos. Aber auch hier kann von einer imperialen Lebensweise gesprochen werden, wenn Menschen zu unsäglichen Bedingungen in Fleischfabriken, Ernte oder Pflege und oft als migrantische Arbeitskräfte tätig sind.

Sie verweisen auf „Klassen-Akteure“. Wieso?

Die imperiale Lebensweise erweitert die Handlungsmöglichkeiten von Menschen mit großem Einkommen übermäßig stark: Wer entscheidet über die Investitionen, die Profite bringen sollen? Wer macht die Werbung und die Inhalte der Boulevardmedien, die Menschen verblöden sowie Gewinne und Macht sichern sollen? Die imperiale Lebensweise hat starke Klassenkomponenten. Aber: Es ist nicht nur ein Oben und Unten. Es ist auch ein Mitmachen, ein passiver Konsens.

Soziale und ökologische Nachhaltigkeit einzufordern heißt also, Herrschaftsverhältnisse infrage zu stellen?

Ja. Aktuell erleben wir das Gegenteil: Nachhaltigkeit zu fördern wird gleichgesetzt mit besserer Technologie, sozialen Innovationen, „grüner“ Produktion und „grünem“ Konsum. Dazu kommt eine Individualisierung der Verantwortung – die Einzelnen sollen über Kaufentscheidungen den Planeten retten oder auch nicht. Unternehmen sind fein raus. Die imperiale Lebensweise zu hinterfragen bedeutet auch, kapitalistische Verhältnisse und damit verbundene Klassenmacht, Ausbeutung, ungleiche Geschlechterverhältnisse, Rassismus und Naturzerstörung zu hinterfragen.

*Was macht die Pandemie mit den Rechten von Arbeitnehmer*innen?*

Eine 2020 vom IGB in 95 Ländern durchgeführte Untersuchung hat ergeben, dass mehr als die Hälfte unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung die Menschen- und Arbeitnehmer*innenrechte eingeschränkt haben. In Ländern wie Weißrussland, Brasilien, Hongkong, Myanmar und den Philippinen haben gewerkschaftsfeindliche Regime die COVID-19-Pandemie ausgenutzt, um die Arbeitnehmer*innenrechte und andere Freiheiten verstärkt zu unterdrücken. Auch einige Multis haben unter Berufung auf die Pandemie

Arbeitnehmer*innenrechte verletzt. Diese Entwicklungen folgen einem im Globalen Rechtsindex des IGB dokumentierten Siebenjahrestrend des Abbaus von Rechten. In vielen Ländern wurden zwar staatliche Einkommenshilfen eingeführt, aber aufgrund der anhaltenden Pandemie sind diese unerlässlichen Programme jetzt gefährdet. Was die Welt braucht, ist ein neuer Sozialvertrag, basierend auf Arbeitsplätzen, Rechten, Sozialschutz, Gleichstellung und Inklusion, um eine robuste wirtschaftliche Erholung zu ermöglichen.



SHARAN BURROW

GENERALSEKRETÄRIN DES INTERNATIONALEN GEWERKSCHAFTSBUNDES (IGB)

Frei heißt noch lang nicht fair

Internationale Handelsabkommen wie TTIP oder CETA haben in den vergangenen Jahren immer wieder zu Massenprotesten und großen Demonstrationen geführt. Was solche Pakte eint: Sie funktionieren nach den Spielregeln des Kapitals, um den Interessen großer Konzerne zu dienen. Und sie stellen auch Gewerkschaften vor neue Herausforderungen.

TEXT MAX ZIRNGAST

Die COVID-19-Pandemie hat ein neues – kritisches – Licht auf Globalisierung, Welthandel und Lieferketten geworfen. Einerseits ist völlig offensichtlich, dass der Integrationsgrad der Weltwirtschaft und der extrem gestiegene und beschleunigte Handel und Verkehr einen wesentlichen Anteil an der Ausweitung einer lokalen Epidemie zu einer Pandemie hatten. Andererseits führte das teilweise abrupte Abreißen des internationalen Handels zu Lieferengpässen, gerade auch von wichtigen medizinischen Gütern wie Masken oder Desinfektionsmittel.

Internationale Handelsarchitektur

Ein wesentliches Feld der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung sind in den letzten Jahren verstärkt internationale Handelsabkommen geworden. Seien es Debatten um TTIP oder CETA in der EU oder auch die fortdauernde Debatte über NAFTA in Nordamerika. Diese und andere Handelsabkommen und auch die Welthandelsorganisation (WTO) wurden von verschiedenen Seiten kritisiert. Der Charakter der internationalen Handelsarchitektur hat sich in den letzten Jahrzehnten jedoch verändert. Die ersten Handelsabkommen des massiven Globalisierungsschubs seit der neoliberalen Wende ab den 1970/80er Jahren beinhalteten im Wesentlichen den Abbau von Zöllen auf Waren und Dienstleistungen. Ab den 1990er Jahren, vor allem ab der Gründung der WTO 1995, änderte sich das zusehends. Neuere Handelsabkommen enthalten allerdings Regulierungsmechanismen, die direkt in die Innenpolitik der jeweiligen Länder eingreifen.

Dani Rodrik, ein bekannter türkischer Ökonom an der Harvard Universität, streicht dabei vier Aspekte besonders hervor: die Rechte auf geistiges Eigentum – Stichwort Patente! –, die Regulierung internationaler Kapitalflüsse, den Investorenschutz durch

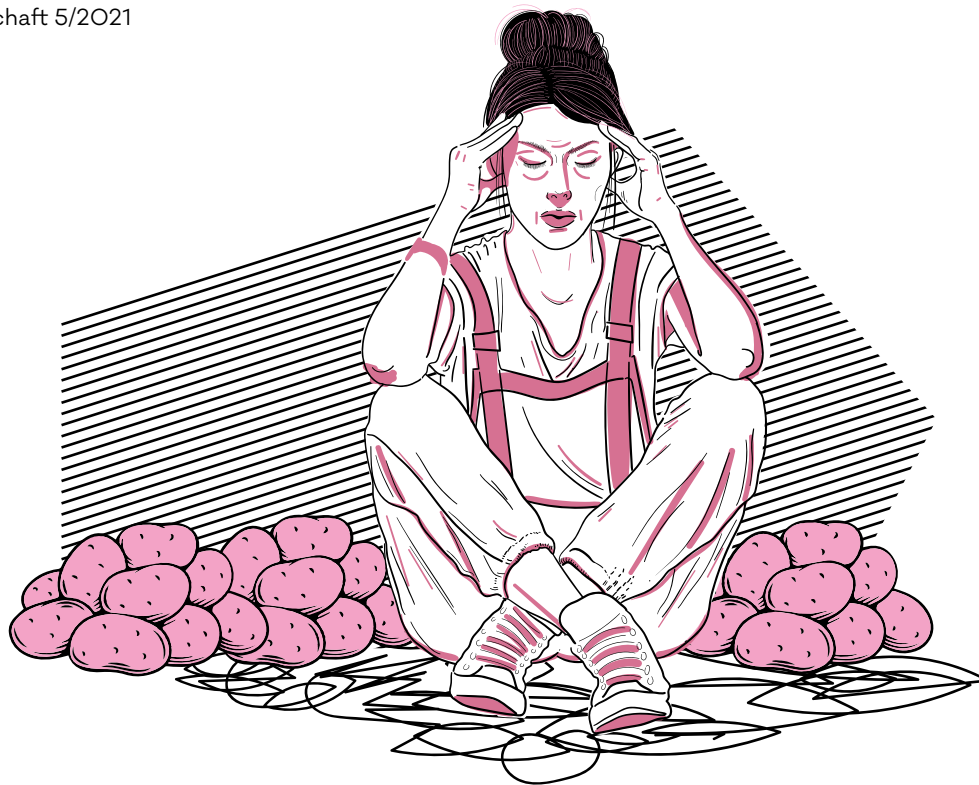
sogenannte Investor-Staat-Streitbeilegungen und die Harmonisierung von Regulierungsstandards.

Die internationale Finanz- und Handelsarchitektur, die sich vor allem in bi- und multilateralen Handelsabkommen und der Trias Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank (WB) und WTO institutionalisiert, hat dabei sehr klare Ziele: die Schwächung der Arbeit und die Stärkung des Kapitals. Dabei werden demokratische Prozesse und Partizipation sukzessive ausgehöhlt und abgebaut, indem die wesentlichen Entscheidungen auf einer anderen, „höheren“ Ebene getroffen werden. Die „Unabhängigkeit“ der Zentralbanken scheint quasi heilig. Geldpolitik ist ein zentrales Politikfeld – Austerität, Schuldenbremse, Nulldefizit. Aber die „Unabhängigkeit“ ist in Wahrheit nichts anderes als die Unabhängigkeit von demokratischer Kontrolle und die völlige Unterwerfung unter internationale Institutionen und die Macht multinationaler Konzerne.

Angela Pfister, ÖGB-Außenhandelsexpertin, bringt das an dieser Stelle auf den Punkt: „Die neoliberale Handelspolitik hat vielfach zu Abwanderung von Betrieben, zu prekärer Arbeit, zu schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie zu einer massiven Umweltbelastung geführt, weil sie nur den Profitinteressen der Konzerne dient. Bei den neuen Freihandelsverträgen geht es weniger um Zollabbau als um Deregulierung von Arbeitnehmer*innen- und Gesundheitsschutz.“

Markt versus Staat?

Diese Verschiebung hängt direkt mit der Entwicklung des Neoliberalismus zusammen. Ein verbreitetes Verständnis der neoliberalen Offensive der letzten vierzig Jahre ist „Mehr Markt, weniger Staat“ oder „Markt gegen Staat“. So gefasst, wäre zumindest eine Antwort auf diese Offensive: „Mehr Staat“. So zu argumentieren



wäre allerdings nicht nur verkürzt, sondern auch falsch. Denn Regulierungsmaßnahmen oder auch massive staatliche Investitionen im Zuge der Pandemie könnten so als Abkehr vom Neoliberalismus aufgefasst werden. Es ging aber nie darum, dem Markt freie Hand zu lassen, sondern den Markt im Sinne von Kapitalinteressen zu regulieren. Der Staat ist auch nicht verschwunden oder zurückgedrängt worden, sondern hat seine Funktion geändert. Anders als im von der Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegung erkämpften Wohlfahrtsstaat, in dem die soziale Integration der abhängig Beschäftigten wichtig war, um soziale Harmonie zu garantieren, geht es dem neoliberalen Staat in erster Linie darum, Kapitalinteressen zu sichern. Entgegen der Annahme des Verschwindens des Staates haben deswegen die repressiven Staatsapparate auch massiv an Einfluss und Macht gewonnen. Das zeigen auch erhöhte Budgets für Polizei, Geheimdienste und Militär in etlichen Ländern. Die Hegemonie wird immer seltener durch teilweise soziale Integration gesichert, sondern durch die Repression von Widerstand.

Mythen der neoliberalen Globalisierung

Das heißt aber nicht, dass alles wie geschmiert läuft. Im Gegenteil. Die Krise des neoliberalen Kapitalismus ist nicht zu leugnen, und die Mythen der neoliberalen Globalisierung beginnen zu bröckeln. Aber die große Mehrheit der Ökonom*innen vertreten immer noch vehement Freihandelsprinzipien, ganz besonders die Theorie der komparativen Kostenvorteile. Dabei ist offensichtlich, dass Freihandel sowie die internationale Handelsarchitektur keine Win-win-Situation sind, von der alle profitieren. Tatsächliche – zumindest statistische – Erfolge der vergangenen Jahrzehnte, die gerne von den Ideolog*innen des Neoliberalismus ins Feld geführt

werden, wurden oft ganz bewusst gegen den dominanten Ansatz erreicht. Tatsächlich führte die Implementierung neoliberaler Politik und der Freihandelspolitik der WTO vielfach zu geringerem ökonomischem Wachstum und zur Verarmung breiter Teile der Bevölkerung in vielen Ländern. Die Löhne abhängig Beschäftigter stagnieren seit Jahrzehnten, gleichzeitig explodierten die Vermögen der wenigen. Statistisch gesehen mag daher ein Land als solches von dieser Politik profitieren. Aber damit wird verschleiert, dass die große Mehrheit der Bevölkerung davon kaum profitiert.

Was tun?

Die Kritik an kapitalistischer Globalisierung heißt nicht, dass Internationalismus, internationale Vernetzung abzulehnen ist – im Gegenteil. Michael Wögerer, Projektleiter von „weltumspannend arbeiten“, dem entwicklungspolitischen Verein im ÖGB, betont, dass „gerade in der zunehmenden Internationalisierung der Produktion eine große Chance liegt, die Ziele der Gewerkschaftsbewegung auf globaler Ebene vorwärtszubringen“. Alles sei vernetzt und voneinander abhängig. Und Wögerer fügt hinzu: „Wenn sich die Hafentarbeiter weigern, ein Schiff zu entladen, weil die Reederei den Lohn ihrer Matrosen zurückhält, sind das kleine Maßnahmen der branchenübergreifenden Solidarität mit großer Wirkung.“

Nicht zurück

Die einfache Rückkehr zum Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit oder zu „Mehr Staat, weniger Markt“ wird als Perspektive nicht reichen, um die Arbeit gegenüber dem Kapital wieder zu stärken und gleichzeitig eine Antwort auf die vielfachen Krisen der Gegenwart zu geben. ▀

Und plötzlich sind wir aufgewacht

Die International Labour Organization und die Alliance 8.7 wollen bis 2025 Kinderarbeit abschaffen. Doch die Pandemie wirft die Welt in diesem Kampf zurück – und das wird auch 2021, das Jahr gegen Kinderarbeit, nicht wiedergutmachen.



TEXT ALEXANDRA ROTTER aus Sri Lanka

Da ist dieser 15-jährige Bursche in meiner Nachbarschaft, dessen Mutter psychische Probleme hat und dessen Vater vor drei Jahren an Krebs erkrankt ist. Seither kann der Vater nicht mehr arbeiten und wie früher mit Fischerei die siebenköpfige Familie ernähren. Der 15-Jährige besucht die Schule, wenn auch unregelmäßig. In Mathematik ist er nicht schlecht, aber Schreiben und Lesen gehören nicht zu seinen Stärken, Englisch schon gar nicht. Immer wieder geht er statt zur Schule Gelegenheitsjobs nach, hilft zum Beispiel in einem Geschäft oder am Bau aus oder geht fischen. Seine Arbeitskraft ist willkommen, denn sie kostet deutlich weniger als die eines Erwachsenen. Einmal hat er für einen Tag Arbeit 50 Rupien und eine Portion Reis und Curry bekommen. Ein erwachsener Arbeiter würde für dieselbe Tätigkeit mindestens 1.000 Rupien verdienen.

Der Bursche lebt in Sri Lanka, aber er könnte ebenso gut in Indien, Bolivien, der Elfenbeinküste oder in einem anderen Land des globalen Südens zu Hause sein. Er könnte auch Schuhe in einer Textilfabrik zusammennähen, Elektroschrott recyceln, in einer Mine oder auf einer Kaffee-, Kakao- oder Bananenplantage arbeiten, Baumwolle ernten oder sich prostituieren, um der Familie zu einem gewissen Einkommen zu verhelfen. Die Krebserkrankung des Vaters, die der Familie Armut gebracht hat, hätte auch ein Unfall, der Tod oder der Jobverlust aufgrund der Pandemie sein können.

Dieser Teenager ist eines von 68 Millionen Kindern in Asien und dem Pazifikraum, die regelmäßig einer Arbeit nachgehen. Das ist jedes 14. Kind in der Region. Mehr als ein Drittel von ihnen ist sogar jünger als elf Jahre. Diese Zahlen stammen von 2017 und



sind die aktuellsten Schätzungen der ILO (International Labour Organization), einer Sonderorganisation der UNO. Die neuen Zahlen geben die ILO und UNICEF kurz vor dem 12. Juni, dem Welttag gegen Kinderarbeit, heraus.

Hotspots Afrika und Asien

Noch mehr Kinder, nämlich 72 Millionen, sind in Afrika von Kinderarbeit betroffen – das ist jedes fünfte Kind. Damit bilden Afrika und Asien die Hotspots der Kinderarbeit. Weltweit sind der ILO zufolge 152 Millionen Kinder betroffen. Fast die Hälfte von ihnen arbeitet unter gefährlichen und ausbeuterischen Bedingungen. Mehr als zwei Drittel dieser Kinder arbeiten in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Fischerei, 17 Prozent im Dienstleistungsbereich und zwölf Prozent in der Industrie.

Das darf nicht so bleiben. Darüber sind sich die Mitgliedsstaaten der ILO – immerhin 187 Länder – einig. Sie alle haben eine UN-Konvention zur Beseitigung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit ratifiziert und verpflichtet sich damit, umgehend alles zu tun, um gefährliche und ausbeuterische Kinderarbeit effektiv und nach-

haltig zu bekämpfen. Bis 2025 wollen die ILO und die Alliance 8.7 Kinderarbeit komplett abschaffen. „8.7“ bezieht sich auf die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals), die in Punkt 8.7 auch die Eliminierung von Kinderarbeit beinhalten. Um der Sache Dringlichkeit zu verleihen, rief die UNO 2021 zum Jahr gegen Kinderarbeit aus. Dennoch ist das Ziel 2025 sehr ehrgeizig – erst recht angesichts der Pandemie, die erstmals seit zwanzig Jahren wieder für eine Zunahme von Kinderarbeit gesorgt hat.

Kinder machen weniger Probleme

So sagt etwa Anton Marcus, Joint Secretary der Gewerkschaft Free Trade Zones & General Services Employees Union in Sri Lanka: „Da die Armut in Sri Lanka durch die Corona-Pandemie stark gestiegen ist, nimmt auch die Kinderarbeit zu.“ In den Dörfern gibt es kaum noch Arbeit, und so seien viele Kinder gezwungen, etwa in Textilfabriken zu arbeiten, wo sehr schlechte Löhne bezahlt werden. Dafür fälschen manche laut Marcus auch ihre Geburtsurkunden: „Manchmal wissen das die Arbeitgeber, aber Kinder machen weniger Probleme als Erwachsene.“

2020 erhöhte die Regierung in Sri Lanka das gesetzlich erlaubte Mindestarbeitsalter von 14 auf 16 Jahre und folgte damit den Forderungen von Gewerkschaften und ILO. Marcus: „Als Gewerkschaft ist unsere Position klar: Wir tolerieren keine Kinderarbeit, denn Kinder haben ein Recht auf Bildung.“ Gleichzeitig verstehe er, dass die Armut Menschen dazu zwingt, unter allen Umständen zu arbeiten – ein Dilemma, das die Herausforderung bei der Bekämpfung von Kinderarbeit gut zusammenfasst.

*„Als Gewerkschaft ist unsere Position klar:
Wir tolerieren keine Kinderarbeit,
denn Kinder haben ein Recht auf Bildung.“*

Anton Marcus, Free Trade Zones &
General Services Employees Union in Sri Lanka

Sri Lanka steht sogar noch vergleichsweise gut da. Insaf Nizam, bei der ILO Regional-Spezialist für Kinderarbeit in Südasien, erzählt von den durch die COVID-Krise ausgelösten massiven Migrationsbewegungen in Ländern wie Indien, Bangladesch oder Pakistan. Hunderttausende Arbeiter*innen, die ihre Jobs verloren hatten, gingen in ihre Dörfer zurück und fanden selbst nach Monaten keine Arbeit. Kinder, die billigsten und unkompliziertesten Arbeitskräfte, helfen, die klaffende Lücke im Familieneinkommen zu verkleinern. Das tun sie mitunter sogar, indem sie allein reisen, was sie umso gefährdeter für Ausbeutung macht. Neue Probleme habe die Pandemie nicht geschaffen. Nizam: „Armut, Diskriminierung, fehlender Zugang zu Bildung, das Fehlen von Rechten für





Insaf Nizam, ILO-Regional-Spezialist für Kinderarbeit in Südasien, berichtet, dass gerade Kinder billig dort einspringen, wo die Eltern ihre Jobs coronabedingt verloren haben.

Arbeiter*innen und Mindestlöhnen haben schon existiert. Aber die Pandemie hat die Scheinwerfer auf diese Probleme gerichtet und sie verstärkt – und plötzlich sind wir aufgewacht und sehen, wie schwerwiegend sie sind.“

Hungertod und Bildungskrise

Auch die Tatsache, dass Kinder nicht zur Schule gehen können, verschlechtert ihre Lebensumstände. Laut UNICEF, dem Kinderhilfswerk der UNO, waren wegen der Maßnahmen gegen die Pandemie weltweit mehr als 168 Millionen Kinder vom Schulunterricht ausgeschlossen. 214 Millionen verpassten mehr als drei Viertel des Unterrichts. UNICEF-Exekutivdirektorin Henrietta Fore spricht von einer katastrophalen Bildungskrise. Es werde deutlich, dass die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie Kindern mehr schaden als die Krankheit selbst: Die Armut nehme zu, grundlegende Ernährungsdienste und Versorgungsketten seien unterbrochen, Lebensmittelpreise in die Höhe geschossen. All das führe dazu, dass Kinder weniger gesund ernährt würden oder gar vom Hungertod bedroht seien.

Die Pandemie wirft die Welt im Kampf gegen Kinderarbeit zurück. Michael Wögerer, Projektleiter bei „weltumspannend arbeiten“, dem entwicklungspolitischen Verein im ÖGB, sagt: „Aufgrund der aktuellen Weltlage wurden die bisherigen Errungenschaften, die wir bei der Kinderarbeit erreicht hatten, leider wieder zurückgedrängt.“ Es habe schon große Verbesserungen, insbesondere bei Kinderprostitution und Kindersoldaten, gegeben. Konkret wurden in den letzten 20 Jahren fast 100 Millionen Kinder aus Kinderarbeit befreit. Insbesondere im asiatischen Raum gab es große Fortschritte.

Insaf Nizam bestätigt: „Angesichts der Pandemie erfahren sogar Länder, die schon konstante Fortschritte gemacht haben, einen Rückschlag.“ Zu diesen gehört etwa Sri Lanka. Er glaubt nicht, dass es noch realistisch ist, Kinderarbeit bis 2025 abzuschaffen. Jedoch hält er ambitionierte Ziele dennoch für gut: So hätten etwa die SDGs, die 2016 in Kraft traten, den Ländern bisher geholfen, große Anstrengungen gegen Kinderarbeit zu unternehmen.

Kein moralisches Problem

Die Corona-Krise habe laut Michael Wögerer dazu geführt, „dass die Ärmsten der Armen wegen der Lockdowns nicht mehr in die Arbeit gehen konnten oder ihre Arbeit verloren haben und die Menschen faktisch dazu gezwungen sind, ihre Kinder arbeiten zu schicken“. Kinderarbeit sei kein moralisches, sondern ein soziales und strukturelles Problem: „Ich kenne keine Familie, die ihre Kinder arbeiten schicken würde, wenn es nicht notwendig wäre.“ Kinderarbeit abzuschaffen, ohne Armut zu bekämpfen, sei nicht möglich: „Solange wir an den strukturellen Problemen nichts ändern, wird sich auch an Kinderarbeit nichts ändern.“ Und was braucht es, um diese Herkulesaufgabe – wenn auch nicht bis 2025 – zu bewältigen?

Neben Armut begünstigt auch informelle Arbeit, also Arbeit ohne Verträge, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Kinderarbeit, weil hier die Kontrolle erschwert ist. Gerade für Menschen, die in der informellen Wirtschaft tätig sind, hat die Corona-Krise massive Einschränkungen gebracht. Wögerer: „Die Menschen mit informeller Arbeit können während der Lockdowns nicht mehr auf die Straße gehen, um etwas zu verkaufen, und haben kein Einkommen.“ Daher ist die Formalisierung von Arbeit ein wichtiges Ziel für die Bekämpfung von Kinderarbeit. Insaf Nizam von der ILO berichtet, dass in Indien 90 Prozent der Jobs im informellen Sektor stattfinden, in Pakistan mehr als 80 Prozent. In Sri Lanka ist die Situation etwas besser – aber so oder so: „Es ist eine große Herausforderung, im informellen Sektor ein Bewusstsein für Kinderarbeit zu schaffen.“ Umso bemerkenswerter ist es, dass es dennoch in den letzten zwei Jahrzehnten große Fortschritte gab.

Zusammenspiel vieler Player

Dass schon viel gelungen ist, liegt an vielen Playern. Eine wichtige Rolle spielt neben Gewerkschaften vor Ort die ILO, zu deren wichtigsten Aufgaben es gehört, politische Akteure zusammenzubringen und Studien durchzuführen. Nizam: „Was wir als ILO machen, können viele andere Organisationen nicht. Um zum Beispiel Umfragen durchzuführen und Regierungen zu beraten, braucht es Ressourcen, aber auch einen hohen Grad an Expertise.“ Nizam verweist zudem auf weitere UN-Organisationen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und NGOs: „Nur wenn alle zusammenwirken, werden wir Erfolg haben.“ Letztlich geht es darum, Regierungen dazu zu bringen, wirksame Gesetze und Aktionspläne gegen Kinderarbeit zu implementieren.

Dazu gehören etwa Lieferkettengesetze, durch die Unternehmen Verantwortung für die menschenrechtlichen Auswirkungen ihrer unternehmerischen Tätigkeiten entlang der gesamten Liefer- und Wertschöpfungskette übernehmen. Auch Nizam befürwortet das: Seit etwa der UN-Menschenrechtsrat 2011 die Leitprinzipien

für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet hat, sei es für Unternehmen wichtiger geworden, einen genaueren Blick darauf zu werfen, woher sie Produkte beziehen und wohin diese gehen: „Wenn zum Beispiel in einer Zementfabrik keine Kinder arbeiten, aber Kinder diesen Zement mischen, kann sich der Zementproduzent nicht mehr abputzen.“ Ein solches Lieferkettengesetz, das auch



„Aufgrund der aktuellen Weltlage wurden bisherige Errungenschaften gegen Kinderarbeit leider wieder zurückgedrängt“, meint auch ÖGB-Experte Michael Wögerer.

gegen Kinderarbeit wirken würde, fordert für Österreich die Aktion „Kinderarbeit stoppen!“, eine Initiative von Butterfly Rebels, der Dreikönigsaktion, Fairtrade, der Kindernothilfe, „Jugend – Eine Welt“ sowie „weltumspannend arbeiten“.

Armut ist Teil des Systems

Auch wenn bei der Kinderarbeit in Sri Lanka schon viel erreicht wurde, wünscht sich Anton Marcus tatkräftigeres Vorgehen, um sie komplett abzuschaffen: „Wir brauchen ein Aktionsprogramm.“ Dabei sei aber Vorsicht geboten: Die Menschen, die dann etwa nicht mehr arbeiten dürfen, sollten Unterstützungen bekommen – nur so könne Kinderarbeit wirklich gestoppt werden. Und auch er sieht das große Bild: „Kinderarbeit hängt stark mit Armut zusammen, und Armut ist Teil des Systems. Es ist nicht einfach, sich der Armut anzunehmen, während man dasselbe System beibehält.“ Und weil das System ein globales ist, glaubt Marcus nicht, dass Sri Lanka Kinderarbeit allein bekämpfen kann: „Ohne eine globale Lösung werden wir Kinderarbeit nicht ausrotten. Und während wir einen globalen Aktionsplan entwickeln, sollten wir auf nationaler Ebene alles tun, was wir können.“ Für den heute 15-Jährigen kommt das jedenfalls zu spät. Seine Kindheit hat ihre Unschuld schon verloren. ►

DREI FRAGEN ZUM THEMA

an **Michael Wögerer**

Verein „weltumspannend arbeiten“, im ÖGB

Wann ist die Arbeit von Kindern problematisch?

Das Englische unterscheidet zwischen Child Work und Child Labour. Child Work sind Tätigkeiten, bei denen Kinder spielerisch am Arbeitsleben der Eltern, zum Beispiel im landwirtschaftlichen Betrieb mitarbeiten, aber trotzdem ihre Kindheit ausleben können und nicht vom Schulunterricht ferngehalten werden. Wenn Kinder Erwerbsarbeit machen und deshalb nicht mehr zur Schule gehen, handelt es sich um Child Labour – und das ist problematisch. Kinder dürfen in den meisten Ländern ab 15 Jahren arbeiten, in manchen ab 14.

In welchen Produkten steckt tendenziell Kinderarbeit?

Allgemein lässt sich sagen, dass in allen Produkten, in denen viel Handarbeit steckt, auch Kinderarbeit drin ist, also zum Beispiel Kleidung, Schuhe, Spielzeug und im Lebensmittelbereich Produkte, die auf Plantagen im globalen Süden angebaut werden, wie Kaffee, Tee, Bananen oder Schokolade. Die in Deutschland konsumierte Schokolade kommt nur zu circa zwei Prozent aus Fairtrade-Anbau. Es ist davon auszugehen, dass im Rest Kinderarbeit steckt. In Österreich ist die Situation zumindest bei Schokolade etwas besser.

Hilft es, teurere Produkte zu kaufen oder an NGOs zu spenden?

Ein teureres Produkt sagt noch nichts darüber aus, wie die Menschen vor Ort behandelt werden. Im Zweifelsfall wird die Gewinnspanne für den Hersteller größer, aber das Kind, das den Schuh näht, arbeitet weiter und bekommt gleich viel Geld. Es spricht nichts gegen Fairtrade-Produkte, aber oft kauft man sich damit nur ein gutes Gewissen. Ziel wäre es, dass es Hilfsorganisationen einmal nicht mehr braucht. Entwicklungshilfe geht mehr weg davon, Geld zu verteilen, und hin dazu, vor Ort Strukturen für nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Das können gewerkschaftliche Organisationen am besten, denn sie wissen, was die Menschen vor Ort brauchen.

„Wir zahlen doppelt und dreifach“

Es lohnt sich für die Zivilgesellschaft, dafür zu kämpfen, dass die Allgemeinheit nicht auf den Corona-Kosten sitzen bleibt, sagt die Ökonomin und Attac-Mitbegründerin Alexandra Strickner. Die Macht der Konzerne stößt an ihre Grenzen.

INTERVIEW WERNER REISINGER



ALEXANDRA STRICKNER
ÖKONOMIN

Alexandra Strickner ist Ökonomin und Mitbegründerin von Attac Österreich. Sie beschäftigt sich mit Handels- und Investitionspolitik sowie der Entwicklung wirtschaftlicher Alternativen zur neoliberalen Globalisierung. Sie hat u. a. die „TTIP stoppen“/„Anders Handeln“-Plattform mitinitiiert und koordiniert am Institut für Multi-Level Governance and Development Theorie-Praxis-Dialoge.

Arbeit&Wirtschaft: Frau Strickner, viele Ökonom*innen gehen davon aus, dass es zu einer raschen wirtschaftlichen Erholung kommen wird, wenn die Pandemie erst einmal gut bewältigt worden ist. Teilen Sie diesen Optimismus?

Alexandra Strickner: Die erste Kernfrage ist: Wie können wir die Arbeitslosigkeit senken? Mit Marktlösungen allein, rein über das „Aufsperren“, wird das nicht funktionieren. Es wird viele Betriebe geben, die pleitegehen werden. Das wird noch kommen, erste Prognosen gibt es ja bereits.

Manche von uns haben die positive Erfahrung gemacht, dass wir durchaus digital arbeiten können im Homeoffice. Zugleich aber hat die Digitalisierung dazu geführt, dass viele Unternehmen nicht mehr aufsperren können oder wollen. Viele Menschen haben sich zum Beispiel daran gewöhnt, online einzukaufen. Das wird für den Einzelhandel und die Arbeitsplätze dort Auswirkungen haben. Auch die Verteilungsfrage beschäftigt uns bei Attac: Wer hat von dem vielen Geld, das der Staat in die Hand genommen hat, zu viel bekommen – und wer zu wenig? Die Gefahr ist groß, dass wir wieder zur Politik der Kürzungsprogramme und der Austerität zurückkehren – mit dem Argument, wir hätten in der Krise viele Schulden aufgenommen. Fast überall in Europa sind konservative Kräf-

te an der Macht. Der EU-Recovery-Plan enthält schon Elemente: Ein großer Teil der Hilfen wird über Kredite ausgegeben, ein kleinerer Teil als nicht rückzahlbare Zuschüsse. Alle Hilfen sind an die Umsetzung der Vorgaben der EU-Kommission zu Strukturanpassungen gebunden, auch die nicht rückzahlbaren Zuschüsse. Wir erwarten, dass es in Zukunft sehr viel Druck in Richtung Kürzungsprogramme über die EU geben wird, um Maßnahmen durchzusetzen, die eigentlich nicht im allgemeinen Interesse sind.

Corona hat eine intensive Reshoring-Debatte ausgelöst, also eine Diskussion darüber, wie wir Produktion nach Europa zurückholen können. Auslöser war der eklatante Mangel an dringend nötigen medizinischen Gütern. Ist es überhaupt möglich, Produktion wieder zurückzuholen?

Die Pandemie hat vor allem in Europa erstmals sichtbar gemacht, was es heißt, wenn man Wirtschaft so strukturiert, wie wir es die letzten 20, 30 Jahre gemacht haben. Hier haben die Handelsabkommen eine entscheidende Rolle gespielt: Wir haben Produktion in Länder verlagert, wo es viel niedrigere oder keine Sozial- und Umweltstandards gibt. Jetzt sehen wir, dass diese Verlagerung, die oft auch zu einer massiven Konzentration in den Händen weniger



Die Ökonomin Alexandra Strickner, Attac-Mitbegründerin, plädiert im Interview für eine Re-Regionalisierung und eine Verkürzung von Wertschöpfungsketten: „Das ist notwendig und möglich.“

Unternehmen geführt hat, ein Nachteil ist. Die zentrale Frage lautet: Wie organisieren wir unser Wirtschaftssystem, sodass es sozial und ökologisch verträglich ist und ebenso die Versorgungssicherheit gewährleistet? Da geht es um mehr als nur medizinische Produkte, sondern zum Beispiel um Lebensmittel. In mehreren Ländern des globalen Südens gab es vor einem Jahr große Sorgen über die Ernährungssicherheit, weil sie importabhängig sind und manche lebensmittelexportierenden Länder Exportverbote verhängt haben. Aus unserer Sicht muss es in jeder Region – darunter verstehen wir bei Attac kontinentale Regionen wie Europa, Afrika etc. – genug Produktion geben, damit die Menschen gut versorgt sind. Dabei geht es um die Produktion von grundlegenden Gütern: Nahrung, Grundstoffe, Medikamente. Es macht Sinn, dass es zum Beispiel in Europa wie anderswo Stahlproduktion gibt, für den Bau von öffentlichen Verkehrsmitteln, Wohnungen etc. Es braucht also eine Regionalisierung und eine Verkürzung von Wertschöpfungsketten. Das ist notwendig und möglich.

Warum will man „weitermachen wie bisher“, wie Sie sagen?

Die EU will weiter die Profitinteressen europäischer Konzerne bedienen. Handelsabkommen entsprechen diesen Interessen. Das wird auch beim EU-Mercosur-Abkommen sichtbar, dessen Ratifizierung auch durch den Druck von Attac bisher verzögert wurde. Das Abkommen soll noch mehr Nahrungsmittelimporte aus den Mercosur-Ländern – Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay – ermöglichen. Im Gegenzug will die EU mehr Autos und Pestizide, die in der EU verboten sind, dorthin exportieren. Dieses Abkommen ist in ökologischer und sozialer Hinsicht eine Katastrophe. Es ist mittlerweile klar, dass die Soja- und Rindfleischproduktion zentrale Treiber der Abholzung des Amazonas-Regenwalds sind. Wir wissen, dass die Brände im Amazonas-Gebiet massiv zugenommen

haben, seit Bolsonaro an der Macht ist. Das wird auch dieses Jahr wieder so sein. Dieses Abkommen hat massive Auswirkung auf das Klima, ebenso wie auf die dortige Bevölkerung und die Lebensmittelproduktion in der EU. Deshalb muss es gestoppt werden.

„Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Staaten sehr wohl handlungsfähig sind, wenn es um eine massive Krise geht.“

Generell hat der Handel einen relevanten Anteil am CO₂-Ausstoß – aufgrund der globalen Produktions- und Lieferketten. Allein rund sieben Prozent des CO₂-Ausstoßes wird von diesem globalen Frachtverkehr verursacht. Wir reden viel zu wenig über den globalen Warenverkehr. Aus der Klimaperspektive ist es auch wichtig, viel weniger Fleisch zu produzieren und auch zu konsumieren.

Die Klimafrage ist vor allem auch eine Frage der Energieproduktion. Attac kämpft hier – zusammen mit anderen NGOs – für einen Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag. Worum geht es hier?

Der Energiecharta-Vertrag (ECT) wurde in den neunziger Jahren abgeschlossen und ist ein Handels- und Investitionsabkommen im Bereich der Energieexporte, das das Instrument der Sonderklagerechte für Konzerne enthält. Warum ist das ein Problem? – Regierungen beginnen jetzt aufgrund des Pariser Klimavertrags und der Notwendigkeit des Ausstiegs aus fossilen Energieträgern entsprechende Gesetze zu erlassen. Energiekonzerne nutzen jetzt den ECT für Schadenersatzklagen. Wir haben damit wieder ein Regelwerk, das die richtige Politik verhindert – oder zumindest die Gesetze gegen den Klimawandel für uns als Allgemeinheit massiv verteuert. Ein Beispiel unter vielen: Nach 2030 darf in den Niederlanden kein Strom mehr aus Kohle gewonnen werden. Zwei Konzerne, RWE und Uniper, klagen

nun die Niederlande auf Basis des Energiecharta-Vertrags auf mehrere Milliarden Euro Schadenersatz. Uniper hat noch 2015 in ein Kohlekraftwerk in den Niederlanden investiert. Es gibt noch zig weitere Beispiele: Italien, Slowenien wurden geklagt – all dies

ist ein riesiger Bremsblock für den dringend nötigen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen.

Wir als Allgemeinheit sollen gezwungen werden, die Kosten zu tragen. Die Milliarden, die so an die Konzerne fließen könnten, brauchen wir dringend für den Umbau unserer Wirtschaft, zum Beispiel für den Ausbau der Care-Wirtschaft. Allein die Kosten der Durchführung der Klagen gehen in die Millionen. Mittlerweile gibt es eine große Kampagne für den Ausstieg aus diesem Vertrag. Denn die laufenden Verhandlungen zur „Modernisierung“ des Vertrags laufen ins Leere und sehen auch nicht vor, dass die Sonderklagerechte für Konzerne gestrichen werden. In der Zivilgesellschaft ist Konsens: Dieser Vertrag ist obsolet, gehört weg, und die EU sollte kollektiv daraus aussteigen.

Es geht um eine Schieflage zwischen Politik und Staaten einerseits und den Konzernen andererseits. Kann Europa in diesem Gefüge überhaupt etwas verändern?

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Staaten sehr wohl handlungsfähig sind, wenn es um eine massive Krise geht. Wenn die Politik also will, kann sie rasch Entscheidungen treffen und durchsetzen. Die EU kann daher sehr wohl etwas ändern. Was die Handelspolitik betrifft: 70 Prozent der Menschen wollen Abkommen wie CETA oder Mercosur nicht. Die Gesellschaft ist hier schon viel weiter. Das zeigt auch die Diskussion über Profit-Shifting und die



Das Thema Patentrechte beim Corona-Impfschutz werde noch zu intensiven Debatten führen, meint Alexandra Strickner. Denn: „Schlussendlich ist auch dieses Thema eine Machtfrage.“

Konzernbesteuerung. Trotzdem versuchen die Regierungen weiter, die Interessen der Konzerne zu bedienen: Die große Kehrtwende ist noch nicht da, aber der Widerstand in der Bevölkerung wird größer. Weil man weiß, dass dieses System nicht dafür taugt, Wohlstand für alle zu schaffen.

Corona hat noch eine weitere, für uns alle bedeutende Schiefelage aufgezeigt: die Finanzierung, Produktion und Verteilung von Impfstoffen. Wird in den Ländern des globalen Südens nicht geimpft, werde das den Impffortschritt in den reichen Ländern gefährden, sagen Expert*innen. Ist Corona eine Chance für ein neues Verhältnis zwischen globalem Norden und Süden?

Das Potenzial ist ebenso da wie die Diskussion. Das Patentrechte-Abkommen der WTO, das TRIPS-Abkommen, wurde bisher öffentlich kaum wahrgenommen. Erst mit den Medikamenten gegen HIV/Aids gab es erstmals eine Diskussion darüber. Denn das Abkommen ermöglichte den Pharmaunternehmen, die die Medikamente entwickelt hatten, die Bedingungen für die Produktion zu diktieren. Für Menschen in den Ländern des globalen Südens,

die massiv von HIV/Aids betroffen waren, waren die Medikamente deshalb nicht leistbar. Wir haben ein System, das gut für die Profite der Pharmakonzerne ist. Die Grundlagenforschung passiert mit öffentlichen Mitteln an den Universitäten, die Ergebnisse werden dann meist sehr günstig an die Pharmakonzerne verkauft, die sich die Patentrechte sichern. Im Fall von COVID-19 ist das doppelt verrückt: Die Grundlagenforschung zu den Impfstoffen läuft schon lange, Staaten haben für die Testungen nochmals Milliarden zur Verfügung gestellt, damit die Impfstoffe rasch zugelassen werden können – ohne jegliche Bedingungen zu stellen. Das ist ein Skandal. Wir zahlen für die Forschung, geben Milliarden für die Impfstoffe aus, die angesichts der globalen Bedrohung ein globales Gut sein sollten. Und wir zahlen dann auch noch die hohen Preise, die die Pharmafirmen auch von uns verlangen. Die Pharmafirmen schreiben Milliardengewinne und versuchen an den Patentrechten auch mit dem Argument fehlender Produktionskapazitäten im globalen Süden festzuhalten. Dort gibt es viele Firmen, die sofort produzieren könnten.

Die Aufhebung des Patentschutzes zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie wird in den kommenden Monaten noch eine sehr intensive Auseinandersetzung werden.

Sind die Impfpatente und die Milliardenkosten auch für die EU ein Lernprozess?

Es geht nicht unbedingt um einen Lernprozess der Regierungen. Die EU tut alles, um die Diskussion und Abstimmung über den Vorschlag von Indien und Südafrika über die Aufhebung der Patentrechte in der WTO (TRIPS Waiver) in die Länge zu ziehen. Hier wird nach wie vor das private Profitinteresse der Pharmakonzerne vorangestellt.

Wir müssen uns die Frage stellen, warum das so ist. Wie kommen wir zu einem neuen Verhältnis zwischen Allgemeininteressen und dem, was auf politischer Ebene passiert? Schlussendlich ist auch dieses Thema eine Machtfrage. ▀

& PODCAST

Das ausführliche Interview als Podcast finden Sie unter

www.arbeit-wirtschaft.at/podcast

Neue Regeln für die Globalisierung

Lieferkettengesetze werden aktuell weltweit diskutiert: auf UNO-Ebene ebenso wie in der Europäischen Union. Auch in Österreich gibt es starke Stimmen dafür, Unternehmen zu verpflichten, sich die Arbeitsbedingungen und Auswirkungen der Produktion auf die Umwelt schon bei der Rohstoffgewinnung und in Zulieferbetrieben anzusehen.

TEXT ALEXIA WEISS



Österreich dürfe sich nicht länger verstecken „und so tun, als ob die Welt nur ein Exportgebiet wäre“, sagt Valentin Wedl, Leiter der Abteilung EU und Internationales der AK Wien. Und er betont: „Die Globalisierungspolitik des 21. Jahrhunderts muss anders aussehen, weil man sich den Herausforderungen nicht länger entziehen kann: Das sind die Bewältigung der Klimakrise und der Kampf gegen die soziale Ungleichheit.“ Die Globalisierungspolitik seit den 1990er-Jahren habe dazu geführt, dass weltweit nur wenige profitiert hätten und andererseits Globalisierungsverlierer*innen Politiker*innen wie Donald Trump unterstützen und zum Neonationalismus neigen.

Doch langsam würden auch Wirtschaftsvertreter*innen begreifen, „dass eine Epoche vorbei ist“. Die Corona-Pandemie fungiere dabei als „produktive Nachdenkphase“, so Wedl, „wo allmählich sichtbar wurde, dass es in vielen Bereichen, so wie es bisher war, nicht mehr weitergeht: Werte wie soziale Gerechtigkeit, ein funktionierendes Gesundheitssystem oder demokratische Beteiligung wurden durch den Neoliberalismus massiv infrage gestellt“, meint der AK-

„Die globalen Lieferketten hören nicht an den Außengrenzen auf.“

Bettina Rosenberger
Geschäftsführerin NeSoVe

Experte. Nun aber sei an vielen Orten der Welt ein Nachdenkprozess darüber erkennbar, „wie die Welt wieder ins Lot gebracht werden könnte“. Ein Ansatzpunkt sei hier, Konzerne in die Pflicht zu nehmen, Verantwortung dafür zu zeigen, was in der gesamten Lieferkette der Produktion ihrer Waren passiert.

Große Kampagne in Österreich

Bettina Rosenberger ist Geschäftsführerin des Netzwerks Soziale Verantwortung (NeSoVe), das hinter der Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze!“ steht. Hier setzen sich Gewerkschaften, AK und viele NGOs, wie Südwind oder die Dreikönigsaktion, dafür ein, dass Österreich sich proaktiv in der EU und international für Lieferkettengesetze positioniert. Denn, so betont Rosenberger: „Die globalen Lieferketten hören nicht an den Außengrenzen auf.“

Blick in die Nachbarländer

In der Schweiz wird bereits konkret über ein Lieferkettengesetz diskutiert, und in Deutschland liege ein Regierungsentwurf vor, der im Juni im Bundestag beschlossen werden soll. In beiden Ländern gab es starke zivilgesellschaftliche Initiativen. Die vorliegenden Konzepte stimmen Rosenberger aber nicht unbedingt euphorisch. So fehle etwa in der deutschen Vorlage die zivilrechtliche Haftung.

Die Kernforderungen der Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze!“ sind einerseits eben Lieferkettengesetze in Österreich, der EU und auf globaler Ebene. Wichtig sei hier aber auch, „menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten“ vorzusehen. Dabei gehe es darum, dass Unternehmen vor dem Beginn einer Produktion eine Risikoanalyse durchführen, ob etwa Menschen vertrieben oder Gewässer verschmutzt würden, so Rosenberger. Dann sei entweder Vorsorge zu treffen, dass dies nicht eintrete – oder die Produktion dürfe erst gar nicht stattfinden. Es gehe darum, „dass der Schaden erst gar nicht eintritt“.

Freiwilligkeit funktioniert nicht

Als nicht erfolgreich habe sich herausgestellt, hier auf Freiwilligkeit von Unternehmen zu setzen, betont die Geschäftsführerin von NeSoVe. Beispiel Schokolade: „Für unsere Schokolade arbeiten immer noch 1,5 Millionen Kinder auf westafrikanischen Kakao-plantagen.“ Seit 20 Jahren werde darüber geredet, dass es keine Kinderarbeit geben dürfe. „Wir haben aber gesehen, dass freiwillige Mechanismen nicht reichen.“ Es brauche daher klare rechtliche Regelungen.

Was Daniela Brodessa wiederum nicht mehr hören kann: wenn die Verantwortung für faire Produktionsbedingungen auf die Konsument*innen abgeschüttelt wird. Sie ist eine von drei Sprecherinnen einer weiteren Initiative, die sich in Österreich für menschenrechts-



Konzerne müssten in die Pflicht genommen werden, Verantwortung dafür zu zeigen, was in der gesamten Lieferkette der Produktion ihrer Waren passiert, meint AK-Experte Valentin Wedl.

konformes und umweltbewusstes Agieren von Konzernen ausspricht, und zwar der „Initiative Lieferkettengesetz Österreich“. Sie führt aus: „Ja, die Landwirtschaftsministerin hat schon recht, wenn sie sagt, Fleisch müsste teurer sein, und dass es pervers sei, ein 80-Cent-Würstchen auf einen 800-Euro-Grill zu legen. Natürlich geht es hier auch darum, Bewusstsein zu schaffen. Aber eine Regelung über den Preis führt nicht dazu, dass sich an den Arbeitsbedingungen etwas ändert. Die Konzerne streifen dann nur einen größeren Profit ein.“

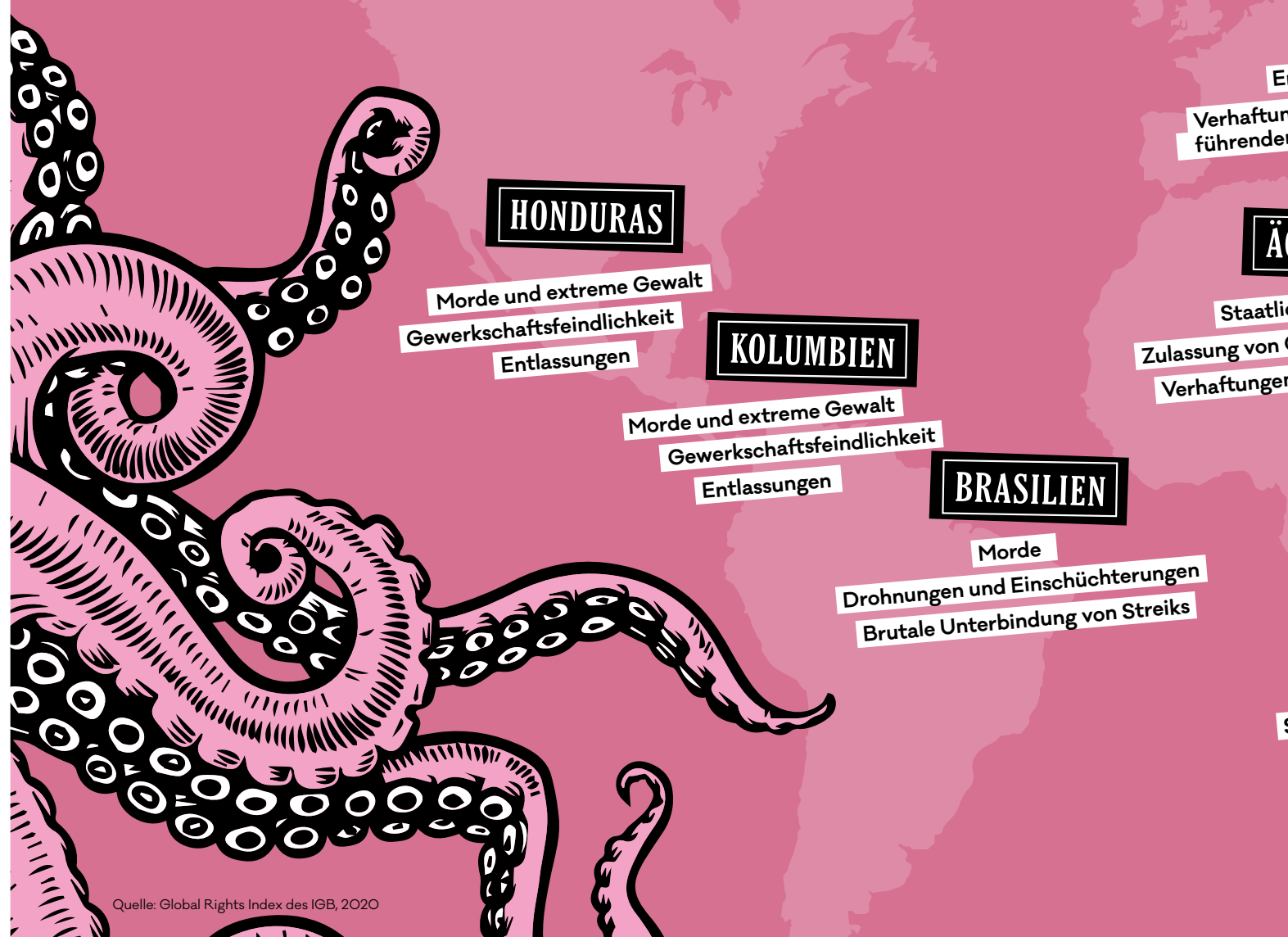
Eine Kennzeichnungspflicht würde nicht nur bei Nahrungsmitteln zu mehr Transparenz führen, sondern auch in der Textilbranche. Auch in dieser sage der Preis nichts über die Produktionsbedingungen aus: Wenn Konsument*innen sich heute für teure Markenkleidung statt Diskontware entscheiden, tragen sie meist nur zur Profitmaximierung der Markenartikelproduzenten bei. Oft werden die teure Designerware und billige Textilien in denselben Fabriken beispielsweise in Indien gefertigt.

Schmutz

Warum sich Teile der Wirtschaft hier so vehement gegen Transparenz bei der Produktionskette wehren? Wedl hat eine klare Antwort: „Offensichtlich leben viele Unternehmen vom Schmutz, sonst müssten sie nicht so eine Sorge haben.“ Rosenberger entkräftet zudem ein oft vorgebrachtes Argument, Produkte würden für Konsument*innen empfindlich teurer, wenn man auf korrekte Arbeitsbedingungen und Umweltauflagen in der gesamten Produktionskette achte. Eine Tafel Schokolade würde dann um nur fünf Cent mehr kosten, denn die Arbeitskosten machen nur einen sehr kleinen Teil des Preises eines Produktes aus. Selbst eine kräftige Erhöhung würde nicht zu massiven Preissteigerungen führen – aber zu besseren Lebensbedingungen vieler Menschen weltweit. ▀

Die schlimmsten Länder

144 Länder werden jedes Jahr genau unter die Lupe genommen. Werden Arbeitnehmer*innenrechte eingehalten? Welche Rechtsverletzungen werden dokumentiert? Enthüllt werden diese Ergebnisse dann im Globalen Rechtsindex des IGB. Was sich zeigt: 2020 hat sich die Lage weiter verschärft, auch weil immer mehr Staaten die Zulassung von Gewerkschaften behindern und damit Arbeitnehmer*innen systematisch sowohl eine Vertretung als auch ihre Rechte verweigern. Wir haben eine Landkarte des Grauens gezeichnet, die zeigt, wo der Arbeitsplatz zur Lebensgefahr wird.



r der Welt



TÜRKEI

Entlassungen und Diskriminierung
Gewalt und Strafverfolgung
Gewerkschaftsvertreter*innen

KASACHSTAN

Staatliche Repression
Zulassung von Gewerkschaften stark behindert
Strafverfolgung führender
Gewerkschaftsvertreter*innen

EGYPTEN

Staatliche Repression
Gewerkschaften stark behindert
Gewalt im Zuge von Streiks

BANGLADESCH

Gewalt
Massenentlassungen
Regressive Gesetze

INDIEN

Massenentlassungen
Brutale Unterbindung von Streiks
Regressive Gesetze

PHILIPPINEN

Gewalt und Morde
Willkürliche Verhaftungen
Gewerkschaftsfeindliche Praktiken

SIMBABWE

Gewalt und Drohungen
Strafverfolgung führender
Gewerkschaftsvertreter*innen

Wie der Mensch verschwindet



*Der Hafen hat Hamburg zu dem gemacht, was die Stadt heute ist: das Tor zur Welt.
Ein Zentrum der Globalisierung mit Schirm, Charme und Folklore.
Die Verlierer der Logistik-Choreografie lässt man außer Sichtweite ankern.
Ein Spaziergang bei schlechtem Wetter.*

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL **FOTOS** MARCEL STAMMEN



Es ist ein nasser Hamburg-Tag im Mai. Tourist*innen wimmeln unter Schirmen in alle Richtungen, während Hamburger*innen einfach ihrer Wege gehen. Die Straßen sind sauber. Kaum Scherben, kein Erbrochenes. Seit der Corona-Lockdown das Nachtleben entschleunigt hat, hat Industrie-Charme die Partys verdrängt. Geblieben ist der Blick vom Fischmarkt auf die Köhlbrandbrücke im Regen. Sie steht irgendwie immer im Regen. Auch wenn mal die Sonne scheint. Veraltet, überlastet, optisch streitbar, ihr Abriss längst beschlossen, weswegen alle sie plötzlich lieben. Ein Wahrzeichen, das seine vier Spuren zu den großen Container-Terminals schwingt.



Der Hamburger Hafen ist so groß wie Wien – beinahe doppelt so groß, rechnet man die Wasserwege mit – und teilt sich in drei Bereiche. Der eine Teil ist die Folklore. Mit Museumsschiffen, Hafenrundfahrten, Fischmarkt, Clubs und Konzerten. Der zweite ist die Hafencity – „Europas größte Baustelle“. Ein neuer Stadtteil mit Büros, Restaurants, Wohnungen in allen Preisklassen und sogar einer Unterkunft für Geflüchtete. All das liegt nördlich der Elbe. Der dritte Teil erstreckt sich südlich: die Containerterminals.

Sie sind der Grund, warum Hamburg „das Tor zur Welt“ genannt wird. 3.675 Containerschiffe sind hier im Jahr 2019 eingelaufen, 8,5 Millionen Container wurden umgeschlagen – Schütt- und Stückgut, Fahrzeugtransporter, Tank- und Fahrgast-schiffe noch gar nicht mitgerechnet. Es ist ein Ankerplatz der Globalisierung. Dem Hafen hat Hamburg seine Entwicklung zu verdanken. Reedereien brachten Arbeit und Wohlstand in die Hansestadt, Kneipen, Clubs und Bordelle hielten Seeleute und Anwohner*innen bei Laune und verschafften der Stadt einen bestimmten Ruf. So lange das auch her sein mag, der ist geblieben.

Die rauschenden Feste der Seeleute, Hans Albers, der die Reeperbahn besingt, all das ist längst vorbei. Für Katerstimmung ist keine Zeit, die Globalisierung hat die Gegend neu geordnet und es gilt, Schritt zu halten. Der Bereich für die Frachtschiffe, nördlich der Elbe, dort, wo die Köhlbrandbrücke die Lkws ausspuckt, ist längst nicht mehr für Menschen gebaut. Sie stehen nur im Weg.

Heimat in der Fremde

Ihr letztes Refugium hier ist die Seemannsmission Duckdalben. Im Hafen ist eine Duckdalbe eine Gruppe von Pfählen, die ins Wasser gerammt wurden, um Schiffe

Anke Wibel bietet mit den Duckdalben denen Heimat, die sie brauchen. Dafür gab es den Titel „Person des Jahres 2021“.

daran festzumachen. Hier sind es die Seeleute, die Halt finden sollen. Die Mission steht zwischen Schienen, auf denen Güterzüge fahren und Lkw-Zubringern für die Containerterminals. Für die Seeleute ist es trotzdem ein Ort der Ruhe und Entspannung. Was viel über die Arbeitsbedingungen auf Containerschiffen aussagt.

Anke Wibel gehört zur Leitung der Seemannsmission. Seit 25 Jahren arbeitet sie hier. Anfang des Jahres hat die Women's International Shipping & Trading Association (WISTA) sie als Persönlichkeit des Jahres 2021 ausgezeichnet. Die Mitarbeiter*innen der Seemannsmission Duckdalben machen einmal pro Jahr einen gemeinsamen Ausflug. Die restlichen 364 Tage halten sie den Laden offen.

Für die Seeleute sind die Duckdalben „Heimat in der Fremde“, wie es Wibel ausdrückt. Es gibt kaum noch Landgang für die Matrosen. Im Gegenteil: „Die Zeit im Hafen ist die schlimmste für einen Seemann. Es muss Proviant rangeschafft werden, Inspektoren kommen an Bord, Ersatzteile werden geliefert, der Zoll kommt, vom Be- und Entladen mal ganz abgesehen. Bei





uns verbringt er dann im Schnitt dreieinhalb Stunden“, beschreibt sie die Situation.

Das sind zum einen die einzigen Stunden, die ein Seemann überhaupt abseits seines Schiffes verbringen kann, zum anderen ist es die einzige Anlaufstelle, die ihm bleibt. Er ist schlicht auf der falschen Seite der Elbe. Und selbst hier muss ihn ein Fahrdienst der Seemannsmission von seinem Schiff abholen und wieder zurückbringen.

Kaum in den Duckdalben angekommen, gibt es eine unausgesprochene Choreografie, der alle Seeleute gleichermaßen folgen: „Früher wollten sie als Erstes nach Hause telefonieren. Jetzt wollen sie als Erstes das WLAN. Das ist denen das Allerwichtigste, dass sie mal in Ruhe mit ihrer Familie schnacken können. Als Nächstes wird dann ein Bier getrunken. Dann wird die Schokolade gekauft. In einem Monat verkaufen wir etwa eine Tonne Schokolade. Das ist Nervennahrung.“

Unter Billigflagge

Dass Seeleute solche Kleinigkeiten, die für uns kein nennenswerter Luxus mehr wären, aufsaugen wie ein Schwamm das Wasser, hat mit den Arbeitsbedingungen an Bord

zu tun. Wer sie verstehen will, muss sich mit der Beflaggung beschäftigen. Schiffsbesitzer können sich aussuchen, in welchem Land sie ihr Schiff melden. „Die Schiffseigner kommen häufig aus Deutschland oder Griechenland. Das Schiff selbst ist aber eine Firma mit Briefkasten in Panama“, erklärt Markus Wichmann. Er ist Inspektor der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF). Dabei handelt es sich um einen weltweiten Zusammenschluss von 700 Gewerkschaften. Sie kümmern sich unter anderem um die Rechte von rund 1,5 Millionen Seeleuten, die auf Fracht- (1,2 Millionen) und Kreuzfahrtschiffen (300.000) unterwegs sind.

Seeleute fahren üblicherweise neun Monate am Stück zur See. Laut Vertrag müssten sie 48 Stunden pro Woche arbeiten. Dafür bekämen sie 600 Dollar pro Monat. In der Theorie. In der Praxis sind es 90 Stunden Arbeit pro Woche. Weil Überstunden extra vergütet werden, bekommen Seeleute 1.600 Dollar. Urlaub gibt es keinen. Zwar ist die Reederei verpflichtet, zwei Tage pro Monat zu geben, diese Zeit wird aber üblicherweise ausbezahlt oder zum Ende des Vertrages gewährt. Auf See ist es nicht möglich, einen Tag freizumachen oder nach acht Stunden die Arbeit einzustellen.

Die Praxis der Billigbeflaggung gibt es seit Jahrhunderten. Seinen Siegeszug trat diese Art des Lohn- und Sozialdumpings jedoch erst mit der Prohibition in den USA zwischen 1920 und 1933 an. Damals begannen amerikanische Schiffe unter fremder Flagge zu fahren, um Alkohol aussschenken zu dürfen. Heute geht es nur noch darum, Kosten zu minimieren. „Reeder, die ein soziales Gewissen haben und unter einer





*„So ein Kreuzfahrtschiff ist Globalisierung pur. Oben sind die Profiteur*innen und unten die, die es ermöglichen.“*

Markus Wichmann, Inspektor der Internationalen
Transportarbeiter-Föderation

Flagge mit hohen Standards fahren, haben einen Wettbewerbsnachteil und müssen früher oder später auch unter einer Billigflagge fahren. Sonst können sie nicht mithalten“, erklärt Wichmann.

Gemeinsam einsam

Das schlägt sich auf das Leben an Bord nieder. Die Besatzung wird aus der gan-

zen Welt rekrutiert. Russen müssen mit Ukrainern auskommen, Juden mit Moslems, Chinesen mit Taiwanern. Natürlich kommt es zu Spannungen, weil es zwischen den Nationalitäten Hierarchien gibt. So nennen die Engländer die Inder immer noch „Boys“. Und ein Küchenchef aus Indonesien verdient weniger als seine Handlanger aus Polen. Eine Verbrüderung findet kaum statt. Im Gegenteil. Zwischen zwanzig und dreißig Seeleute arbeiten auf einem großen Containerschiff und sie würden gemeinsam vereinsamen, erklärt Wibel.

Nur in den wenigen Stunden in der Seemannsmission können sie wieder Mensch werden. „Ein griechischer Kapitän hat mir mal erzählt: Ich werde zwischen meinen Containern immer kleiner und kleiner, und wenn ich hier bin, dann wachse ich wieder“, fasst Wibel den Effekt der Duckdalben zusammen. Neben Bier und Schokolade sind es zwei Dinge, die diesen Effekt haben. Zum einen der „Raum der Stille“. Ein Gebetsraum, in dem jede Reli-

gion eine kleine Ecke für sich hat. Die Thora neben der Bibel, buddhistische Schutzgötter neben Vishnu. Zum anderen die Billardtische. „Billard ist das Symbol für festen Boden unter den Füßen. Das kannst du auf keinem Schiff spielen. Wenn du wochenlang an Bord bist, dann schaukelt der ganze Körper.“ Haben die Seeleute auch noch so wenig Zeit an Land, eine Runde Billard muss sein.

Für Seeleute, die auf Kreuzfahrtschiffen beschäftigt sind, muss sich dieser Mindeststandard an Menschenwürde wie ein unerreichbarer Traum anhören. Sie haben all diese Möglichkeiten nicht. Je nach Größe des Schiffes sind es zwischen 900 und 1.500 Besatzungsmitglieder. Die Unterkünfte liegen meist unter der Wasserlinie. Es gibt keine Fenster. Die Seeleute können froh sein, wenn sie ein eigenes Bett haben.

Gekocht werden meist zwei Mahlzeiten am Tag, die den kleinsten gemeinsamen Nenner aller Seeleute treffen müssen und kaum eine Funktion über die reine Kalorienzufuhr hinaus erfüllen. Die Essensreste der Kreuzfahrtgäste seien tabu, erklärt Wichmann: „So ein Kreuzfahrtschiff ist Globalisierung pur. Oben sind die Profiteur*innen und unten die, die es ermöglichen.“

Bistro und Shop der Duckdalben sind vor allem wegen Bier und Schokolade beliebt. Billard-Tische stehen für die Seeleute als Symbol für festen Boden unter den Füßen.



Nadine Kornblum ist eine der wenigen Menschen auf den Containerterminals. Wer ein Kraftwerk verschicken will, wendet sich an sie.

Corona-Verzweiflung

Während der Corona-Pandemie eskalierte die Situation auf den Kreuzfahrtschiffen völlig. Viele Seeleute waren bereits neun Monate an Bord, als die Quarantäne verhängt wurde. Die Reiseunternehmen weigerten sich zunächst, die Besatzungen in ihre Heimat zu bringen. Weltweit haben sich aus Verzweiflung mindestens 15 Crewmitglieder das Leben genommen. Ein Mensch auch in Hamburg. In Cuxhaven kam es sogar beinahe zu einer Meuterei. Das Harvariekommando musste die Kontrolle über ein Schiff übernehmen. „Erst nach quälend langer Wartezeit hat es TUI ermöglicht, die eigenen Flieger zu nutzen, um die Crew nach Hause zu fliegen“, beschreibt Wichmann die Situation. Viele Arbeiter*innen kamen so zum ersten Mal nach zwei Jahren überhaupt wieder in ihre Heimat.

Opfer auf See

Die Seeleute werden von ihren Familien oft ausgewählt, um auf See zu gehen. Ihnen wird ermöglicht, auf die entsprechenden Schulen zu gehen. Statt 300 Dollar in ihrer Heimat verdienen sie 1.600 Dollar auf einem Schiff. Sie würden ihr Leben opfern, um die Familie zu versorgen, erklären Wibel und Wichmann unisono. Zwei Monate im Jahr, die sie nicht auf dem Schiff verbringen müssen, würden sie dann den Verwandten, zu denen sie kaum noch einen Draht haben, beim Leben zusehen.

All das ist unsichtbar. In Hamburg genauso wie in Rotterdam oder Shanghai. Was zu sehen ist, sind die Container-Türme, die sich auf den Frachtriesen stapeln. Regelmäßig zu Gast in Hamburg ist mit



der HMM Algeciras eines der größten Schiffe der Welt. 24.000 Standardcontainer (20 Fuß) fasst ihr Laderaum. Unter der Köhlbrandbrücke passen die Riesen gar nicht mehr durch, weswegen sie das Containerterminal Altenwerder gar nicht mehr anfahren können.

Um Probleme mit der Ladung kümmert sich Nadine Kornblum. Sie hat ein Kapitänspatent, ist 13 Jahre als nautischer Offizier zur See gefahren und arbeitet jetzt als Marine- und Cargo-Surveyor. Das heißt, sie überprüft die Fracht, die es zu verladen gilt, darauf, ob sie sicher verpackt ist. Windräder, Generatoren oder ganze Kraftwerke passen eben nicht in Container. Sie steht auf dem Waltershofer Damm. Der liegt im Schatten der Köhlbrandbrücke und verbindet Burchardkai und Eurogate, zwei Containerterminals, auf denen gerade Hochbetrieb herrscht. Bei vier Schiffen werden parallel Container gelöscht und geladen. Im Sekundentakt poltern Lkws und Güterzüge über den Damm.

„Der untere Teil eines Schiffes ist viel größer, als man glaubt. Der Bereich, den man nicht sieht, ist über 25 Meter – zehn Container – tief. Habe ich oben zu viel Gewicht, kippt das Schiff um. Das stabilste Schiff hat so viel Gewicht wie möglich tief und in der Mitte geladen“, erklärt Kornblum die Details hinter dem Tanz der Krä-

ne. „Die modernen Schiffe hier im Hafen haben Stabilitätscomputer, die das vorab berechnen. Das ist wie 3D-Tetris.“

Ihre Arbeit hat auch direkten Einfluss darauf, was auf die Seeleute zukommt. „Ich stimme das mit dem ersten Offizier ab. Der ist für die Ladung verantwortlich. Der ist das Arbeitstier. Der geht rum und kontrolliert die physische Arbeit. Und wenn ich sage, ich will an den Generator zwei Ketten mehr machen, dann sagt der meist nicht Nein. Der will ja auch losfahren und, wenn ein Sturm aufkommt, nicht nachlaschen. Das ist das Gefährlichste, was man machen kann.“

Mit „Laschen“ ist das Befestigen der Ware gemeint. Ein Job, der zum Horror werden kann. Regelmäßig fallen völlig übermüdete Seeleute von rutschigen Containern. Es ist eine Aufgabe, um die sich professionelle Hafentarbeiter kümmern müssten. Doch die Matrosen erledigen sie oft für einen Bruchteil des Geldes. Teils, während das Schiff schon auf See ist.

Es ist laut auf dem Waltershofer Damm. Eine Unterhaltung mit Nadine Kornblum nur schwer möglich. Es stinkt so intensiv nach Diesel, dass sich Besucher*innen einbilden können, ihn auf der Zunge zu schmecken. Wer jedoch von hier aufs andere Elbufer schwimmt, der kommt am Elbstrand raus. Schwerer Champagner- und Aperol-Spritz-Alarm. Vor den Terrassen der

Restaurants tollen Hunde durch den Sand. Wenige Meter von hier findet regelmäßig das Hamburg-Casting von „Deutschland sucht den Superstar“ statt.

Das ist die nördliche Seite der Elbe. Der Teil, der für Menschen gebaut wurde. Der Kontrast könnte nicht größer sein. Statt Pferdewurst für 3,50 Euro in den Duckdalben gibt es hier Pannfisch (Fisch mit Bratkartoffeln) für 14,90 Euro. Statt unzähliger Lkws fahren hier Touristenbusse und Miet-Elektroroller. Die Köhlbrandbrücke ist nicht mehr als ein Strich im Panorama.

Logistik-Revolution

Mitten im Folkloreteil des Hafens liegt die Cap San Diego. Sie erzählt die Geschichte des Wandels. Die Deutsche Werft AG hatte den Stückgutfrachter 1961 fertiggestellt. Den Frachtcontainer gab es damals zwar schon, noch hatte er seine Rolle als Globalisierungs-Turbo und Logistik-Revolution aber nicht eingenommen.

Bis in die 1980er-Jahre fuhr die Cap San Diego auf verschiedenen Routen zur See. Jetzt dient sie als Museum, Hotel, Event-Location, und es gibt ein Escape-Game an Bord. Dabei blieb das Schiff aber stets voll funktionstüchtig. Es hat den Schiffs-TÜV, könnte jederzeit auslaufen und tut das für kleinere und größere Ausflüge auch regelmäßig.

Dann kommen unter anderem die Seemänner und -frauen an Bord, die früher schon auf diesem Schiff Dienst hatten (oder einem der baugleichen Schwesterschiffe) und zeichnen ein Bild von der Seefahrt, das sich nicht stärker von den modernen Frachtschiffen unterscheiden könnte.

Gesa Rädeker lebt seit 26 Jahren in Hamburg und ist Bordmanagerin auf der Cap San Diego. Mit Blick auf die ungeheu-

re Geschwindigkeit, die das Leben südlich der Elbe bestimmt, sagt sie: „Es hat sich viel geändert, gerade im Vergleich zum Stückgut. Die Cap San Diego war vier bis fünf Wochen auf See unterwegs und hatte dann Liegezeiten von ein bis zwei Wochen in den Häfen.“ Und weiter: „Diese Romantik gab es. Die sind damals braun gebrannt in kurzer Hose von Deck, mit der Bananenstaude über der Schulter. Dann sind sie mit der S-Bahn nach Hause.“ Für Rädeker ist das Museumsschiff deswegen mehr, als es Besucher*innenzahlen allein ausdrücken könnten. „Die Cap San Diego verkörpert das Ende der Stückgutfracht. Wir sind eines der Symbole für einen achtsamen Umgang mit Ressourcen. Ohne schneller ... weiter ... mehr.“

Eine endlose Debatte in Hamburg. Der Hafen ist der größte Arbeitgeber der Stadt. Rund 130.000 Menschen sind hier beschäftigt. Doch die Geschwindigkeit, mit der sich die Seefahrt entwickelt, wol-



len längst nicht alle mitgehen. Eine Elbvertiefung muss her, damit immer größere Frachtschiffe mit immer mehr Tiefgang überhaupt noch in den Hafen kommen. 44 Millionen Kubikmeter Schlick müssen dafür ausgebaggert und irgendwo entsorgt werden. Zusätzlich zu den jährlich 15 Millionen Kubikmetern „Unterhaltungs-Baggertgut“. Schlick, der weggeschafft werden muss, um den Status quo zu erhalten, weil er immer wieder zurück in die Elbe gespült wird. Schlick, der durch die Schifffahrt und Landwirtschaft mit Schadstoffen belastet ist, der Fische sterben lässt und für den es kein langfristiges Entsorgungskonzept gibt.

Jeder Entwicklungsplan am Hamburger Hafen ruft deswegen Widerstand hervor. Sei es aus der politischen Opposition oder von NGOs. Rädeker: „Dadurch, dass alles schneller wird, müssen mehr Komponenten berücksichtigt werden. Ich kann nicht einfach hingehen und sagen, ich habe einen Fluss und den bagger ich aus, wie ich es brauche. Das muss genau überlegt werden. Wieso sollte der Hamburger Hafen das weniger hinterfragen, als es der Rest der Welt tun muss?“

Wo endet das Wachstum?

Nicht nur Zeit und Geld seien Wirtschaftsgrößen, so Rädeker, sondern eben auch die Menschen und die Natur. „Wenn ich so ein großes Containerschiff sehe, frage ich mich, wo das enden soll. Wie viel wollen wir noch bewegen? Der Weg muss dahin gehen, dass wir ressourcenschonender werden. Das globale Wachstum und das Bewegen der Güter sind nicht unendlich.“

Die Köhlbrandbrücke mit ihren täglichen Staus wäre ein passendes Symbol für die Grenzen des Wachstums. Doch ein Tunnel wird sie bald ersetzen und die Grenzen ein wenig verschieben. Europas größte Baustelle wird fertig sein, die Cap San Diego immer noch fahren, und die Duckdalben werden geöffnet haben. Eigentlich alles wie immer. Nur viel schneller. ▀

Gesa Rädeker ist Bordmanagerin der Cap San Diego und hofft auf eine Entschleunigung der Globalisierung. Fortschritt bedeute, Mensch und Natur zu schützen.



Bauen für den Emir

Am 11. Juni beginnt die Fußball-Europameisterschaft 2021. Die EM ist eines der letzten großen Fußballturniere, ehe im November und Dezember 2022 die Weltmeisterschaft in Katar stattfinden wird. Auf den Stadionbaustellen wird aktuell fleißig gearbeitet. Doch Menschen- und Arbeitsrechte werden dabei selten eingehalten.

TEXT STEFAN MAYER

Der Jubel war groß, als das FIFA-Exekutivkomitee im Jahr 2010 den Zuschlag für die 22. Fußballweltmeisterschaft 2022 für das kleine Land Katar verkündete. Gejubelt wurde aber vor allem von den Katarern. Der Rest der Fußballwelt war verblüfft, wie sich ein Land von der Größe Oberösterreichs gegen den starken Mitbewerber und klaren Favoriten USA durchsetzen konnte. Die Vereinigten Staaten waren bereits 1994 Ausrichter einer WM. Ein Turnier, das zwar nicht sportlich, aber organisatorisch als eine der großen Endrunden in die lange WM-Geschichte eingegangen ist.

Wenige Monate nach der Vergabe an Katar ergaben Recherchen des amerikanischen Magazins „New Yorker“, dass bei der Abstimmung wohl nicht alles mit rechten Dingen zugegangen war. Drei stimmberechtigte Funktionäre, darunter der mächtige Präsident des Brasilianischen Fußball-Nationalverbandes (CBF), Ricardo Teixeira, und der mittlerweile verstorbene Präsident der Südamerikanischen Fußball-Konföderation (CONMEBOL), Nicolás Leoz, waren bestochen worden und hatten dem Emir auf der Arabischen Halbinsel ihre Unterstützung gegen Gegenleistungen zugesichert.

Bestechung und Betrug bei der Vergabe der WM ist die eine Sache, Menschenrechtsverletzungen und die fehlende Pressefreiheit in Katar die andere. Laut „Reporter ohne Grenzen“ rangiert das Land auf Platz 128 von 180. Mit dem Pressegesetz von 1979 ist es den Machthabern möglich, die Presse zu zensieren. Und so sind die inländischen Medien einer gewaltigen Zensur unterworfen, die es ihnen verbietet, über Verstöße zu berichten, die auf den WM-Bau- stellen geschehen.

Schon kurz nachdem die WM vergeben worden war, begann man mit den Bauarbeiten an den acht Stadien, in denen die Spiele geplanterweise ausgetragen werden sollen. Da es im Land im Sommer deutlich über 40 Grad hat, beschloss die FIFA, das Turnier in den Frühwinter 2022 zu verlegen. Die Arbeiten an den modernen



Stadien hingegen laufen zu jeder Jahreszeit. Und weil es auch im Winter selten unter 30 Grad hat, werden alle standardmäßig mit Klimaanlage ausgestattet.

Gastarbeiter*innen gesucht

Zum überwiegenden Teil errichten Arbeitskräfte aus Nepal, Indien, Bangladesch, Kenia, Ghana und den Philippinen die Arenen. Ungefähr 20.000 Gastarbeiter*innen arbeiten insgesamt auf den Stadionbaustellen. Die Baukonzerne, die die Projekte abwickeln, kommen hingegen aus China, Saudi-Arabien oder Europa.

Katar ist eines der reichsten Länder der Erde. Das Brutto-Einkommen der Katarer*innen liegt bei durchschnittlich 9.000 US-Dollar pro Monat. Von den 2,7 Millionen Einwohner*innen sind allerdings nur 230.000 gebürtige Katarer*innen, den Rest machen Gastarbeiter*innen aus, die zumeist deutlich weniger verdienen. Es gibt zwar einige ausländische Fachkräfte, die die Mittelschicht Katars darstellen, aber der Großteil der Arbeitenden erhält in einem Jahr nicht einmal einen Bruchteil der 9.000 US-Dollar. Der Mindestlohn für Gastarbeiter*innen auf den Baustellen liegt aktuell bei unter 300 Euro pro Monat.

Ausgeliefert

Für die großen WM-Pläne benötigt das Land viele Arbeitskräfte zur Errichtung der Stadien und der dazugehörigen Infrastruktur. Diese werden in den jeweiligen Herkunftsländern rekrutiert. In diesen strukturschwachen Ländern erhoffen sich viele Arbeiter*innen durch ihren Einsatz in Katar eine regelmäßige Entlohnung, um die zu Hause gebliebenen Familien damit unterstützen zu können. Die Vorstellungen von einer Arbeitsstelle in der absoluten Monarchie und die tatsächlichen Umstände vor Ort klaffen allerdings weit auseinander.

Die angeheuerten Arbeiter*innen werden teilweise gezielt getäuscht. So kommt es regelmäßig vor, dass ihnen ein anderer Lohn oder eine andere Arbeit versprochen werden. Am Ende sind die finanziellen Ansprüche oft viel niedriger. Auch von Arbeitskräften, die monatelang auf ihre Bezahlung warten mussten, wurde in der Vergangenheit regelmäßig berichtet.

Beißender Uringestank

Doch bis 2020 war das Kafala-System das größte Problem. „Kafala“ bezeichnet ein System der Bürgerschaften, das sich in vielen arabischen Golfstaaten findet. In diesem Zusammenhang wurden die Reisepässe der Gastarbeiter*innen bei der Einreise nach Katar von den Arbeitgebern konfisziert. Was zur Folge hatte, dass sich die Arbeitskräfte ab diesem Zeitpunkt in einem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber den Unternehmen befanden. Die Arbeiter*innen

waren in Katar gefangen und konnten auch nicht zurück in ihre Heimatländer reisen. Zusammengepfercht lebten sie in heruntergekommenen Unterkünften. Die Toiletten im Außenbereich der Anlagen waren ungepflegt und beißender Urin- und Fäkaliengeruch wahrnehmbar, die Schlafräumlichkeiten überfüllt und unzureichend klimatisiert.

Darüber hinaus sind in Katar 14-Stunden-Schichten auf den Baustellen oftmals keine Seltenheit. Überarbeitung und die schlechten Sicherheitsvorkehrungen auf den Baustellen forderten laut einem Bericht der britischen Tageszeitung „The Guardian“ zwischen 2010 und 2020 nicht weniger als 6.500 Todesopfer. Allerdings ist die Zahl an Todesfällen über offizielle Wege nur schwer überprüfbar, da Katar selbst keine Zahlen veröffentlicht.

Doch mittlerweile gibt es Fortschritte. Gewerkschaften wie die nepalesische GEFONT (General Federation of Nepalese Trade Unions) und NGOs wie Amnesty International sowie Transparency International üben seit Jahren Druck auf Katar, auf die zuständigen Unternehmen vor Ort und auf die FIFA, die als Veranstalterin die Verantwortung trägt, aus. Und das hat sich ausgezahlt.

„Die Gesetzgebung hat sich verändert, das Kafala-System, also besagte Quasi-Leibeigenschaft der Arbeiter*innen, die Ausreise und Jobwechsel unmöglich macht, ist im vergangenen Jahr formal abgeschafft worden. Es gibt inzwischen außerdem einen Mindestlohn, aber an der Umsetzung dieser Bestimmungen hapert es offenbar noch“, berichtet Nicole Selmer. Selmer ist stellvertretende Chefredakteurin des österreichischen Fußballmagazins „Ballesterer“ und beschäftigt sich seit der Vergabe der WM mit den Arbeitsbedingungen auf den Baustellen.



14-Stunden-Schichten, überbelegte und heruntergekommene Arbeiterunterkünfte – Alltag im Stadionbau für die WM in Katar.

FÜNF FAKTEN ZUM THEMA

„Boycott ist keine Option“

In den vergangenen Jahren waren regelmäßig Protestaufrufe zu vernehmen, dass die Nationalteams, Sponsoren und Fans das Turnier aufgrund der Menschenrechtslage und der Arbeitsbedingungen boykottieren sollten. Michael Wögerer von „weltumspannend arbeiten“, dem entwicklungspolitischen Verein des ÖGB, sieht einen Boycott allerdings kritisch: „Wichtig ist vor allem, was wir als Gewerkschafter*innen in dieser Frage machen können und sollen. Angesichts der bereits vorangeschrittenen Zeit im Bau von Stadien und der vielen Opfer, die damit einhergegangen sind, wäre meines Erachtens etwa ein Boycott der WM nicht sinnvoll.“ Und die Katar-Expertin Regina Spöttl von Amnesty International rät ebenfalls davon ab: „Es gibt Fortschritte, und mit einem Boycott würden diese um Jahre zurückgeworfen. Katar hat sich durchaus gesprächsbereit erklärt und Reformen angestoßen.“

Gesetzliche Grundlagen benötigt

Auch wenn manches in eine menschenwürdigere Richtung geht, muss noch einiges unternommen werden – besonders in Anbetracht der zensierten Medienlandschaft. Nicole Selmer geht davon aus, dass die Herrscherfamilie Bilder vermeiden möchte, die zeigen, wie ausländische Kamerateams bei der Arbeit behindert werden. Ob unabhängige Medien und kritische Berichterstattung vor und nach dem Turnier möglich sind, bezweifelt sie allerdings: „Das ist die Zeit, wo es gilt, genau hinzuschauen und auch solidarisch mit Kolleg*innen in Katar zu sein.“

Doch nicht nur Journalist*innen müssten sich solidarisch zeigen, auch Nationalteams und Offizielle könnten klar Stellung beziehen. Erste Anzeichen dafür gab es bereits zu Beginn der WM-Qualifikation im März. So trug die norwegische Nationalmannschaft im Auftaktspiel gegen Gibraltar zum Aufwärmen ein T-Shirt mit der Aufschrift „Respect – On and off the Pitch“ – und viele weitere Teams stimmten in den Kanon ein. Das österreichische Nationalteam hielt vor dem Spiel gegen Dänemark beispielsweise ein Transparent mit dem Aufdruck „Menschenrechte schützen“ medienwirksam in die Kameras.

Diese Aktionen sind zwar nicht nichts, doch Michael Wögerer fordert noch mehr: „Es braucht nachhaltige Veränderungen und gesetzliche Grundlagen in Katar und in anderen Ländern, um die Situation der Arbeiter*innen auf Baustellen sportlicher Großereignisse zu verbessern, und klare Rahmenbedingungen, und zwar bevor solche Events überhaupt vergeben werden. In diesem Bereich ist es wünschenswert – und das passiert auch schon –, wenn Sportverbände und Profisportler*innen gemeinsam mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung an einem Strang ziehen.“ ▶

1 / Im 18. und 19. Jahrhundert kam es mehrmals zu Herrschaftskämpfen in Katar. Das Land wurde von Persern, Arabern und Omanern für sich beansprucht. Nach einer Intervention Großbritanniens 1867 wurde im Jahr darauf ein Schutzvertrag abgeschlossen. Danach erlangte Katar de facto seinen Status als eigenständiger Staat. Die Briten waren weiterhin im Land und Katar bis 1971 ein Protektorat.

2 / Seit 1878 wird das Emirat von der Familie Al Thani regiert. Hierbei handelte es sich ursprünglich um einen Beduinen-Clan, der aus dem heutigen Saudi-Arabien stammt. Das aktuelle Staatsoberhaupt ist Tamim bin Hamad Al Thani, der seit 2013 die Geschicke des Landes lenkt. Er ist der vierte Emir (Befehlshaber), den die Familie stellt. Davor nannten sich die Al Thanis an der Spitze „Hakim“, arabisch für Herrscher oder Richter.

3 / Die ersten Entdeckungen großer Erdölvorkommen fielen in das Jahr 1939. Vorher war Katar ein armer Wüstenstaat, der bis in die 1920er-Jahre vom Perlenfischen lebte. Bis man Erdöl zu fördern begann, verging noch ein weiteres Jahrzehnt. Damals förderte man 46.500 Barrel pro Tag. Durch die Erschließung neuer Ölfelder verfünffachte sich die Fördermenge im weiteren Verlauf.

4 / Katar hat neben reichlich Erdöl auch das größte Erdgasfeld der Welt (geschätzte 896 Billionen Kubikmeter). Die Erlöse aus dem Öl waren allerdings so hoch, dass man erst ab dem Sinken der Preise ab Mitte der 1980er anfang, die Förderung von Gas voranzutreiben.

5 / Neben der Fußball-WM holte die Königsfamilie viele weitere große Sportevents in die Wüste. Die Motorrad-WM gastiert jährlich in der Nähe der Hauptstadt Doha. Eine Leichtathletik-WM wurde genauso ausgetragen wie die Männer-WM im Handball. Kritiker*innen sprechen hier von „Sportwashing“ und meinen damit, dass Menschenrechtsverletzungen durch Sportveranstaltungen übertüncht werden sollen.

Monika Feigl-Heihs, Referentin in der Abteilung EU & Internationales in der AK Wien
Henrike Schaum, Referentin der Abteilung EU & Internationales in der AK Wien

Zusammengefasst von Anja Melzer

EU-Handelsstrategie: Ist auch drin, was draufsteht?

Die EU-Kommission hat kürzlich eine neue Handelsstrategie vorgestellt. Klimakrise und soziale Folgen der Globalisierung sind dabei stärker als bisher verankert. Doch bei all dem rhetorischen Geschick bleibt der substanzielle Kurswechsel in der EU-Handelspolitik auf der Strecke. Die Palette an Themen, die die Mitteilung zur Handelsstrategie umfasst, zeigt, dass die EU-Handelspolitik längst nicht mehr nur als eine rein wirtschaftliche Agenda betrachtet werden kann. Trotzdem setzt die Kommission weiterhin vorrangig auf den offenen und ungehinderten Zugang zu internationalen Märkten.

Die Handelspolitik zu begrünen und sozial tragfähig zu gestalten, bleibt damit eine bloße Absichtserklärung. Die Kommission ruft nach der derzeit kaum handlungsfähigen WTO, um einen klimaneutralen, umweltfreundlichen und sozial gerechten Welthandel voranzutreiben. Die relevanten Stellschrauben auf EU-Ebene lässt sie gekonnt unerwähnt und umschiffert Widersprüche und Konflikte, die eine konsequente Ausrichtung an sozialen und klimapolitischen Interessen hervorbringen würde. Damit lässt sie die noch halbwegs zeitgerechte Chance verstreichen, Handelsbeziehungen an den Notwendigkeiten einer klimagerechten Kooperation auszurichten und menschenverachtende Arbeitsbedingungen an Produktionsstandorten für Exportgüter in die EU abzustellen. Letztlich verhaftet sie damit in der bekannten Handelslogik, die auf dem Nachhaltigkeitsauge blind ist. Doch eine nachhaltige EU-Handelspolitik, die nicht nur aus schönen Überschriften besteht, müsste sich mit den Widersprüchen internationaler Handelstätigkeit im Hinblick auf Klimaneutralität sowie Lebens- und Arbeitsbedingungen konfrontieren. Erst das ermöglicht zielgerichtete Maßnahmen für einen Kurswechsel. Eine kritische Auseinandersetzung bedeutet dabei keinesfalls das Ende des Welthandels und internationaler Kooperation oder gar Isolation, wie Befürworter*innen der neoliberalen Globalisierung gerne als Totschlagargument anführen. Es heißt, dass die Handelspolitik vom Kopf auf die Füße und in den Dienst des Planeten und seiner Bevölkerung gestellt wird.

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach.
 A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo**

Suche: neue Perspektive

Warum flüchten Menschen? Wenn es um Fluchtgründe geht, denken die meisten an Krieg, Terror, Menschenrechtsverletzungen. Eine neue Studie plädiert für einen umfassenden Perspektivenwechsel. Man müsse sich die strukturellen globalen Ungleichheitsverhältnisse ansehen. Nur so könne man auch Lösungen finden.

TEXT ALEXIA WEISS

Aut UNO-Flüchtlingshilfe waren 2020 79,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Gründe, die Menschen die Flucht ergreifen lassen, seien divers, betont die Soziologin Judith Kopp gegenüber Arbeit&Wirtschaft. „Aktuell wird von den ersten Pandemie-Geflüchteten berichtet, die aufgrund fehlender Gesundheitsversorgung und wirtschaftlicher Prekarität ihre Herkunftsländer verlassen.“ Grundsätzlich könne jedenfalls nie von isolierten Gründen ausgegangen werden, so die Soziologin. Und weiter: „Verschiedene Fluchtgründe greifen ineinander und verstärken sich gegenseitig. So sind Hungerkrisen in vielen Fällen eng mit ökologischen Katastrophen verknüpft. Auch Kriege gehen oft mit Ernährungskrisen einher. Gewalttätige Auseinandersetzungen können wiederum durch Versorgungs- und Hungerkrisen, aber auch existenzgefährdende Umweltkatastrophen entfacht oder verschärft werden.“

Wichtig sei daher, diese unmittelbaren Fluchtgründe in einen größeren Zusammenhang zu stellen, sagt Kopp. So hänge der Verlust von Lebensgrundlagen bei Vertreibungen aufgrund von Rohstoffausbeutung und Land-Grabbing, also der illegalen Aneignung von Land durch wirtschaftlich oder politisch durchsetzungsstarke Akteur*innen, häufig mit transnationalen Handels- und Investitionspolitiken und dem Streben transnationaler Unternehmen nach neuen Verwertungsmöglichkeiten zusammen. Überschwemmungen oder fortschreitende Wüstenbildung würden auf die globale Klimakatastrophe verweisen, „die sich nur vor dem Hintergrund asymmetrischer Nord-Süd-Verhältnisse und globaler Klassenverhältnisse verstehen lässt“. Kriege könnten durch Rüstungsexporte und geostrategische Interessen, die sich in Stellvertreterkriegen niederschlagen, ein brutaleres Ausmaß annehmen.

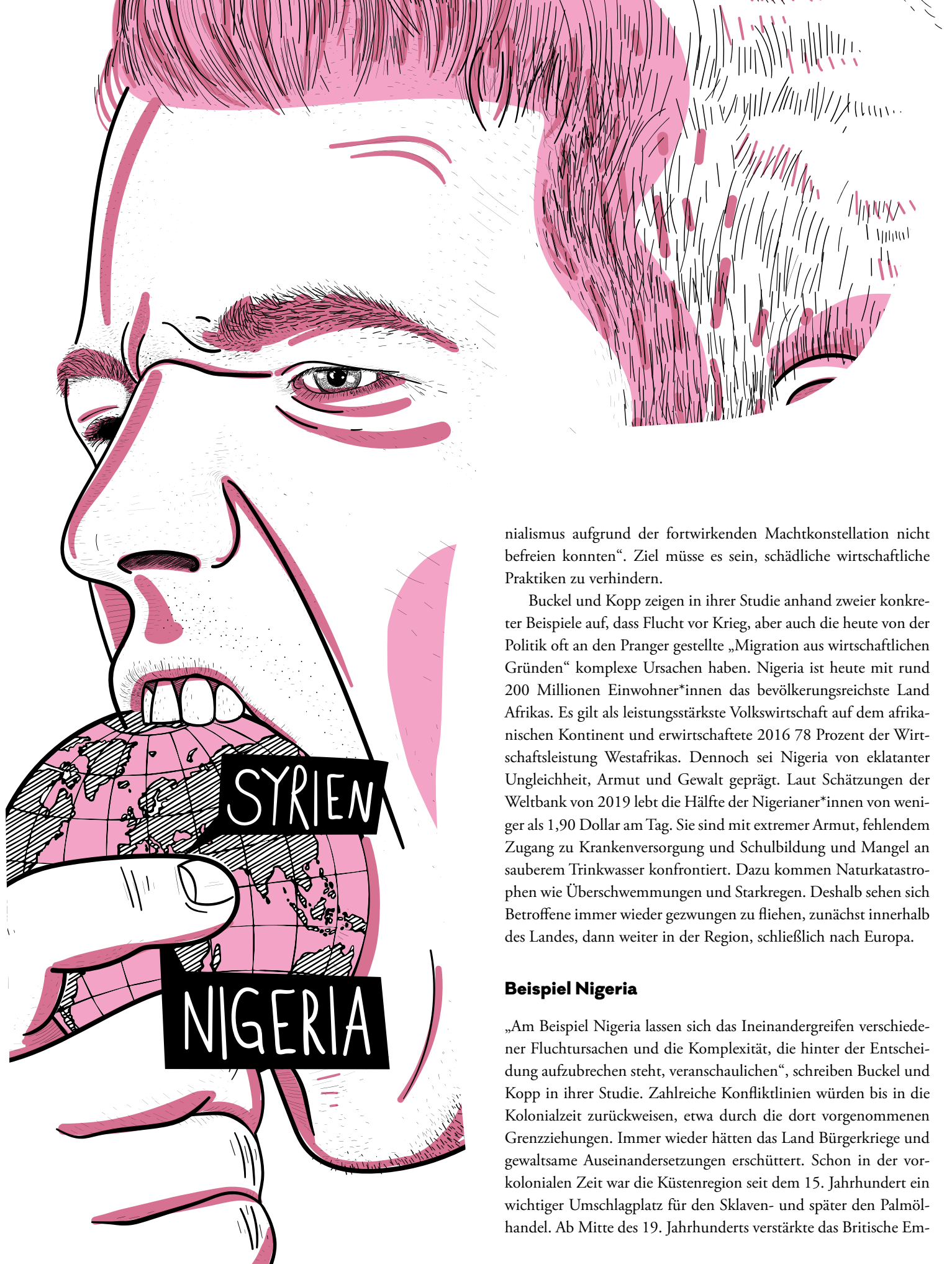
Stichwort Nord-Süd-Verhältnis: „Die heutige Welt ist nur vor dem Hintergrund der Geschichte des Kolonialismus zu verstehen“, erklärt die zweite Studienautorin, die Politikwissenschaftlerin Son-

ja Buckel. Der gegenwärtige kapitalistische Weltmarkt sei mit der kolonialen Eroberung durchgesetzt worden. Und bis zum heutigen Tag würden die Länder des globalen Südens und des globalen Nordens von den Nachwirkungen des Kolonialismus bestimmt: „Die global sehr ungleiche Verteilung von Wohlstand und Macht hat hier ihren Anfang genommen. Wer von diesen Voraussetzungen absieht, will an den fortwirkenden Machtstrukturen nichts ändern.“

Urknall der Einkommensungleichheit

Diese Kluft spiegelt sich übrigens auch in der globalen Einkommensungleichheit wider, wie die Expertin für Verteilungsfragen der AK Wien, Franziska Disslbacher, im diesen Mai veröffentlichten „Globalisierungskompass“ festhält. „Industrialisierung, Imperialismus und Kolonialismus gelten als der Urknall der globalen Einkommensungleichheit“, lautet ihre Diagnose. 15 Prozent der Weltbevölkerung leben heute in Europa oder Nordamerika, gemeinsam gehöre diesen Menschen etwas mehr als die Hälfte des weltweiten Vermögens. In Afrika und Lateinamerika leben dagegen 20 Prozent der Weltbevölkerung. Diesen Menschen gehören aber weniger als vier Prozent des gesamten Vermögens. Mit diesem Besitz gehe auch Entscheidungsmacht einher, „etwa hinsichtlich Strategien zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, zum Klimaschutz, der Besteuerung von Konzernen und Vermögen“, gibt die AK-Expertin zu bedenken.

Hier setzt auch Buckel an: „Wir müssen unsere Lebensweise auf Kosten anderer unverzüglich ändern und in eine nachhaltige und gerechte transformieren.“ Deutlich werde das am Beispiel der Handelspolitik. Diese dränge nach wie vor viele Länder des globalen Südens in die Rolle der Rohstoffproduzenten und des Reservoirs an ausbeutbaren Arbeitskräften, „aus der sie sich seit dem Kolo-



nialismus aufgrund der fortwirkenden Machtkonstellation nicht befreien konnten“. Ziel müsse es sein, schädliche wirtschaftliche Praktiken zu verhindern.

Buckel und Kopp zeigen in ihrer Studie anhand zweier konkreter Beispiele auf, dass Flucht vor Krieg, aber auch die heute von der Politik oft an den Pranger gestellte „Migration aus wirtschaftlichen Gründen“ komplexe Ursachen haben. Nigeria ist heute mit rund 200 Millionen Einwohner*innen das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Es gilt als leistungsstärkste Volkswirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent und erwirtschaftete 2016 78 Prozent der Wirtschaftsleistung Westafrikas. Dennoch sei Nigeria von eklatanter Ungleichheit, Armut und Gewalt geprägt. Laut Schätzungen der Weltbank von 2019 lebt die Hälfte der Nigerianer*innen von weniger als 1,90 Dollar am Tag. Sie sind mit extremer Armut, fehlendem Zugang zu Krankenversorgung und Schulbildung und Mangel an sauberem Trinkwasser konfrontiert. Dazu kommen Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Starkregen. Deshalb sehen sich Betroffene immer wieder gezwungen zu fliehen, zunächst innerhalb des Landes, dann weiter in der Region, schließlich nach Europa.

Beispiel Nigeria

„Am Beispiel Nigeria lassen sich das Ineinandergreifen verschiedener Fluchtursachen und die Komplexität, die hinter der Entscheidung aufzubrechen steht, veranschaulichen“, schreiben Buckel und Kopp in ihrer Studie. Zahlreiche Konfliktlinien würden bis in die Kolonialzeit zurückweisen, etwa durch die dort vorgenommenen Grenzziehungen. Immer wieder hätten das Land Bürgerkriege und gewaltsame Auseinandersetzungen erschüttert. Schon in der vor-kolonialen Zeit war die Küstenregion seit dem 15. Jahrhundert ein wichtiger Umschlagplatz für den Sklaven- und später den Palmölhandel. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts verstärkte das Britische Em-

Flüchtlinge innerhalb Nigerias

IDMC 2019



pire im Zug der Durchsetzung des Verbots der Sklaverei und zur Verfolgung seiner Handelsinteressen seinen Einfluss auf die Staaten im südlichen Teil des heutigen Nigerias. 1862 erklärte Großbritannien die Stadt Lagos und die umliegende Region zum Protektorat und 1886 zur Kolonie. Nach der Zusammenführung der zuerst getrennt verwalteten Gebiete Nord- und Südnigerias wurden die Grenzen der Kolonie 1914 neu gezogen. Der Norden ist mehrheitlich muslimisch geprägt, der Süden eher christlich.

„Es sind unterschiedliche Faktoren, die heute die Lebensgrundlagen von Menschen in Nigeria drastisch beeinflussen“, so die Wissenschaftlerinnen: „Grassierende Gewalt durch Terrorgruppen wie Boko Haram gehört ebenso wie repressive staatliche Politiken, beispielsweise durch die Kriminalisierung von Homosexualität, zu zentralen Fluchtgründen in Nigeria. Neben klimatischen Veränderungen spielt Ernährungsunsicherheit eine große Rolle.“ Letztere sei durch die immer exzessivere Ölförderung seit den 1980er-Jahren verschärft worden, ganze Regionen seien dadurch zerstört und vergiftet worden. Die Arbeitslosigkeit sei extrem hoch – 56 Prozent der 15- bis 34-Jährigen waren 2016 erwerbslos oder nur geringfügig beschäftigt. Grund dafür: Statt eine Industrie aufzubauen, seien der Textilsektor und die Automobilherstellung fast völlig zusammengebrochen. Und seit Jahrzehnten würden die Handelsregeln und Bedingungen für Auslandsinvestitionen Nigeria daran hindern, eine eigene industrielle Basis, zumindest für die Verarbeitung der Rohstoffe im eigenen Land, aufzubauen. „So muss Nigeria trotz immenser Rohölvorkommen einen Großteil seines Benzins aufgrund mangelnder Raffineriekapazitäten aus Europa importieren.“ Vor diesem katastrophalen wirtschaftlichen Hintergrund würden Terrorgruppen wie die 2002 gegründete dschihadistische Boko Haram regen Zulauf verzeichnen. Das wiederum sorge für massive Gewalt in der Region – und Menschen beschließen, vor diesen Zuständen zu flüchten.

Verknappt könnte man sagen: Wer aus Nigeria flieht, flieht vor islamistischem Terror. Wie Buckel und Kopp vorführen, liegt hier aber ein ineinander verwobenes Gemenge an Gründen vor. Und die

wirtschaftlich schwierige Situation, mitverursacht durch den globalen Norden, sei einer der essenziellen Faktoren. Ein auskömmliches Leben würde auch Boko Haram unattraktiver machen.

Oder das Beispiel Syrien

Wenn man an Geflüchtete aus Syrien denkt, dann kommt einem ein Begriff in den Sinn: Bürgerkrieg. Doch auch hier muss man sich die Fluchtursachen differenzierter ansehen, wie die beiden Wissenschaftlerinnen ausführen. Denn an dem Konflikt habe auch die menschengemachte Klimakatastrophe, angeheizt durch internationale Konzerne und die Regierungen der reichen Industrienationen, Anteil. Syrien leidet wie die gesamte Region der Levante seit Jahren unter den Folgen der globalen Erderwärmung. Diese wiederum führe zu Trockenheit. Durch zwei große Dürren und Wasserknappheit für die Bevölkerung 2006/07 und 2010/11 kam es zu einer Fluchtbewegung innerhalb des Landes, denn das landwirtschaftliche System, vor allem im Nordosten des Landes, kollabierte. Es kam zu massiven Ernteausfällen, die Lebensmittelpreise stiegen massiv. Über 800.000 Menschen verloren ihre Lebensgrundlage und zogen oft ohne Perspektive in die großen Städte, wo sich die sozialen Konflikte zuspitzten.

In Kombination mit der über 40-jährigen Unterdrückung durch das Assad-Regime mittels Überwachung, willkürlichen Inhaftierungen, Folter und Tötungen und den dagegen erfolgenden Protesten für Demokratie und Freiheit entwickelte sich ein Bürgerkrieg. Dieser wurde auch durch die Waffenexporte unter anderem aus der EU blutig. Mehr als 380.000 Menschen starben, 13 Millionen Menschen flüchteten. Das Beispiel Syrien zeige daher wie auch das Beispiel Nigeria: Es gibt nie nur eine Ursache für Fluchtbewegungen.

„Ungerechte Handelspolitiken dürfen nicht weiter Existenzgrundlagen im globalen Süden gefährden.“

Sonja Buckel, Politikwissenschaftlerin



„Die Fluchtursachendebatte muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden“, sagt Lukas Oberndorfer, Europa-Referent in der AK Wien.

„Fluchtmigration“

Kopp betont daher auch: Eine trennscharfe Unterscheidung zwischen Flucht und Migration aus wirtschaftlichen Gründen, wie sie von der Politik gerne vorgenommen werde, sei nicht möglich. „Wir sprechen daher von Fluchtmigration.“ Damit seien verschiedene von Zwang geprägte Formen von Mobilität gemeint. Ein genauerer Blick auf die unmittelbaren Fluchtgründe und die tieferliegenden Ursachen von Fluchtmigration würde zeigen: „Wir müssen von einem Ursachenbündel und dem komplexen Zusammenwirken verschiedener Gründe ausgehen.“

Das Fazit daraus: Wer das Recht, nicht gehen zu müssen, durchsetzen will, muss auf eine gerechte Weltwirtschaft zielen. „Die Probleme verlangen nach umfassenderen Eingriffen in unsere Produktions- und Lebensweise“, betont Kopp. „Erst eine tiefgreifende sozial-ökologische Transformation kann die eklatante globale Ungleichheit beenden.“ Dazu gehören etwa Maßnahmen wie Lieferkettengesetze, welche Konzerne bei der Produktion von Gütern sowohl zur Einhaltung von Arbeitsrechts- als auch Umweltstandards verpflichten, aber auch eine völlige Umgestaltung des globalen Ernährungssystems, meint Buckel. „Ungerechte Handelspolitiken dürfen nicht weiter Existenzgrundlagen im globalen Süden gefährden, und die Klimakatastrophe muss endlich mit einem ambitionierten und mutigen politischen Wandel angegangen werden“, hält Kopp zum Schluss fest. ▀

FÜNF WICHTIGE MASSNAHMEN

„Die Fluchtursachendebatte muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden“, sagt Lukas Oberndorfer, Referent in der Abteilung EU & Internationales der AK Wien. „Die Ursachen für Flucht werden meist ausschließlich dort gesucht, wo das eigentliche Drama seinen Ausdruck findet.“ Diese Sichtweise greife zu kurz. Die tatsächlichen Fluchtursachen lägen tiefer, und zwar in einem ungerechten globalen System, das Armut, Hunger, Klimaerwärmung und Kriege erzeuge.

Wenn Österreich und die EU Fluchtursachen wirklich bekämpfen wollen, brauche es „eine sozial-ökologische Politik auf der europäischen und internationalen Ebene“. Konkret schlägt Oberndorfer folgende Maßnahmen für das „Recht, nicht gehen zu müssen“, vor:

1 / Faire Handelspolitik: „Keine ungerechten Handelsabkommen mehr, die Staaten im globalen Süden müssen eine selbstbestimmte Agrar- und Industrieförderung verfolgen können.“

2 / Keine EU-Waffenexporte: „Immer wieder tauchen europäische Waffen in Konfliktregionen auf. Teil einer realistischen Migrationspolitik ist es, Kriegsparteien den Zugang zu Waffen zu erschweren.“

3 / Wirksame Klimapolitik: „Wenn die Pariser Klimaziele nicht eingehalten werden, droht Menschen in dreistelliger Millionenzahl der Verlust ihrer Lebensgrundlagen. Daher braucht es einen schnellen und grundlegenden sozial-ökologischen Umbau.“

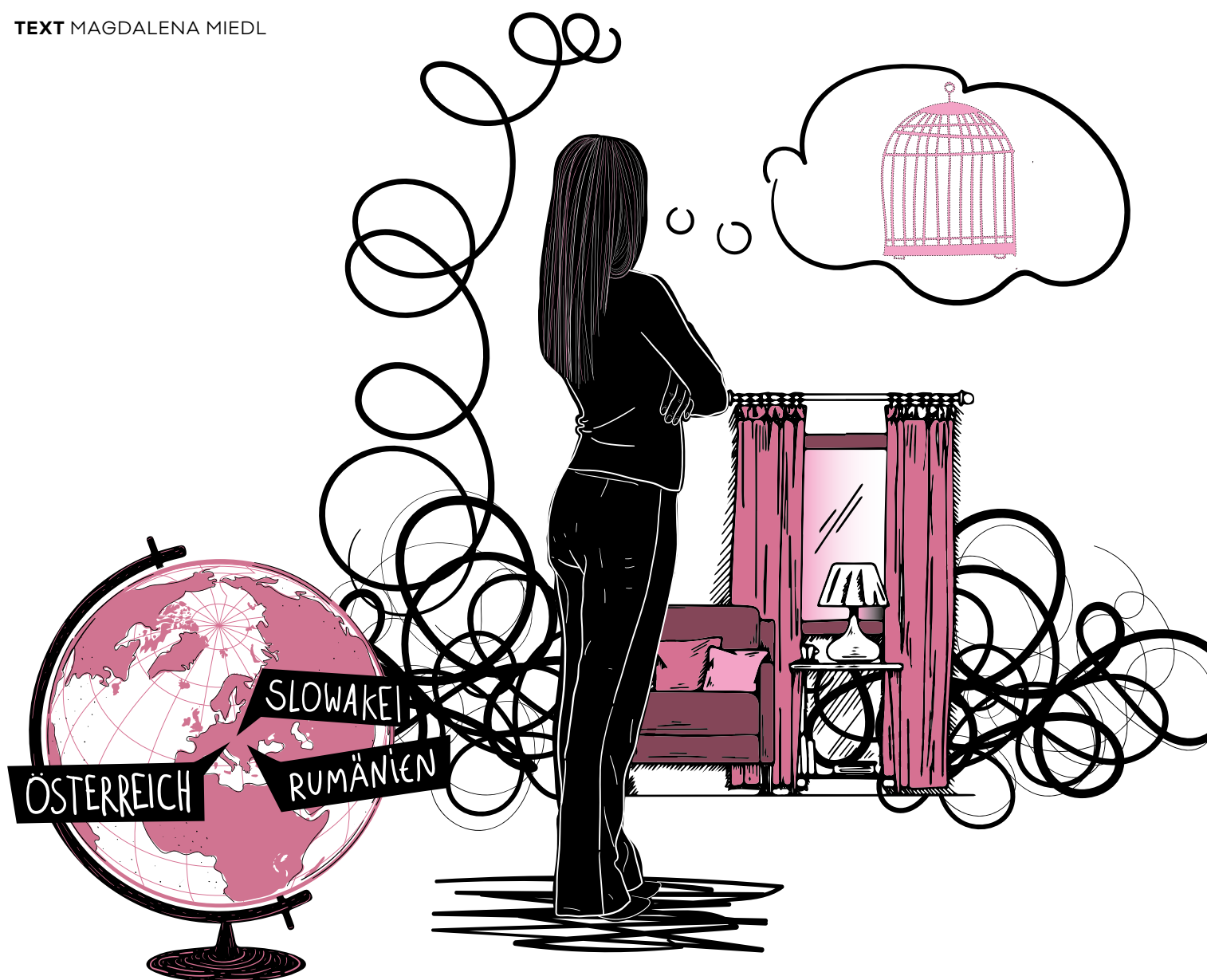
4 / Lieferkettengesetze: „Wir müssen verhindern, dass Profite auf dem Rücken von Umwelt und Mensch erwirtschaftet werden. Ein Lieferkettengesetz muss die Unternehmen für Produktionsbedingungen entlang der gesamten Produktionskette haftbar machen.“

5 / Gemeinsamer Kampf: „Wir als Arbeitende sollten uns nicht länger in ‚wir‘ und ‚die‘ spalten lassen, Schüler*innen, Gewerkschafter*innen, Migrant*innen, Landarbeiter*innen, Konsument*innen – alle zusammen sind gemeinsam stark gegen Umweltzerstörung, Ausbeutung und Unterdrückung.“

Zwei Länder, ein Leben

*Hier arbeiten, dort leben – wie soll das gehen? Das zweigeteilte Dasein von 24-Stunden-Betreuer*innen erfordert viel Kraft. Ein österreichisch-slowakisches gewerkschaftliches Pilotprojekt könnte den Arbeitsalltag erleichtern. Doch ohne gegenseitige Hilfe der Betreuer*innen geht gar nichts.*

TEXT MAGDALENA MIEDL



Bis vor wenigen Wochen hat das Arrangement gepasst: Ramona*, 52 Jahre und seit über 20 Jahren hauptberuflich Betreuerin für hilfsbedürftige Personen, hatte mitten in Wien für eine alte Dame gesorgt. Jeweils zwei Wochen lang war ihr Turnus, in der Turnuspause daheim in Rumänien versuchte sie, an ihr altes Leben anzuknüpfen, die Freundinnen wiederzutreffen, das Zu-Hause-Gefühl zu pflegen. Immerhin, Ramona verstand sich gut mit der alten Dame und deren Familie und kannte die Eigenheiten und besonderen Ansprüche ihrer Klientin. Auch wenn es wenig Freizeit gab, in der etwa ein Arztbesuch oder ein Behörden-gang in Wien möglich gewesen wäre. Selbst die mühevollte Zeit der Corona-Lockdowns hatte Ramona gut überstanden. Auch wenn die Turnuszeiten länger, die Ein- und Ausreisebeschränkungen mühsam wurden.

Im Mai, zwei Tage nach Beginn ihres neuen Turnus, starb Ramonas Schwiegervater überraschend, sie musste wieder nach Hause. Zum Glück war ihre Ablöse noch in Wien und konnte rasch einspringen. Während Ramona daheim mit ihrem Mann die Trauerformalitäten erledigte, ihre Verwandtschaft tröstete und selbst den Schock zu bewältigen versuchte, kam die Nachricht aus Wien: „Wir brauchen Sie nicht mehr.“ Die Familie der Klientin hatte kurzfristig beschlossen, die zu betreuende Dame in einem Heim unterzubringen.

„Man muss sich bewusst sein, dass die 24-Stunden-Betreuung eine besondere Form des Prekariats ist“, sagt Emil Grula, jahrelang beim ÖGB beschäftigt als Rechtsberater unter anderem für 24-Stunden-Betreuer*innen. „Da gibt es kein soziales Netz, keine Arbeitslosenversicherung, und wenn jemand die Stelle verliert, weil etwa die Klientin verstorben ist, fehlt auch das Einkommen.“ Arbeitslosengeld gibt es keines, übrig bleibt dann nur die Notstandshilfe in den Herkunftsländern, und, so Grula, „die ist nicht einmal ein Witz“.

Agenturen-Geflecht

Manche der Frauen, die diesen Beruf ausüben, sind zwar sehr gut vernetzt. Aber in den allermeisten Fällen sind sie auf eine Agentur angewiesen, die zwischen Betreuer*innen und Familien vermittelt. Diese Agenturen handeln nicht unbedingt im Interesse der Betreuer*innen: Sie verlangen von beiden Seiten Provision, viele übernehmen außerdem eine Vollmacht für die Betreuer*innen und verpflichten sich damit, etwa die Sozialversicherungsabgaben in deren Namen abzuführen. Dafür müssten sie auch kontrollieren, ob die vertraglich vereinbarten Arbeitsbedingungen stimmen, etwa Unterbringung, Freizeitregelungen, Essen, Internet und der genaue Betreuungsbedarf der Klientin oder des Klienten.

„Es hilft bei der Jobsuche, wenn wir nicht gut Deutsch können.“

Ioana, Altenpflegerin*

Doch nur selten sind die Verträge auch in der Muttersprache der Betreuer*innen verfügbar, oft kommt es zu Verständnisschwierigkeiten. Verlass ist dann eher auf Kolleg*innen, die sich via Facebook-Gruppen vernetzt haben und einander mit Rat und oft auch konkreten Hilfestellungen beistehen. Eine dieser Gruppen ist die Organisation DREPT, in der sich rumänische Betreuer*innen organisieren. Ramona ist hier fest eingebunden.

Auch ihre Kollegin Ioana* ist bei DREPT, sie betreut in Graz eine alte Dame mit Demenz. Dass sie daheim in Rumänien längst gegen COVID-19 geimpft wurde, wagt sie der Familie ihrer Klientin nicht zu erzählen. Der Sohn ist Impfgegner. Ioana hat für die Gesamtsituation vor allem Galgenhumor übrig: „Es hilft bei der Jobsuche, wenn wir nicht gut Deutsch können.“ Wer über gute Sprachkenntnisse verfüge, so Ioana, werde von Agenturen ungerne vermittelt – weil Betreuer*innen dann womöglich die Verträge lesen können und wissen, was eigentlich ihre Rechte sind.

Ausbeutung

Natürlich ist Ioanas Aussage eine polemische Zuspitzung, doch leider ist sie nicht unbegründet. Immer wieder gibt es Fälle, in denen sich Agenturen mies gegenüber den Betreuer*innen verhalten. Sei es, dass im Konfliktfall niemand bei der Agentur erreichbar ist oder der Betreuerin nicht geglaubt wird, etwa wenn sie kein Essen im Haushalt der Klientin bekommt und mangels Freizeit keine Gelegenheit hat, selbst Nahrungsmittel einzukaufen. Gelegentlich wird auch publik, dass private Agenturbetreiber für die Wirtschaftskammerwahl Stimmen von beschäftigten Betreuer*innen erschleichen.

Hinter solchen Betrugsfällen steht das übergeordnete Problem: Selbstständige Personenbetreuer*innen mit Gewerbeschein haben in Österreich keine ordentliche Interessenvertretung, die sich um ihre Anliegen kümmert. Lediglich in Oberösterreich existiert eine

„Die beste Agentur ist keine Agentur.“

Emil Grula, Rechtsberater ÖGB

muttersprachliche Beratungsstelle. Als offiziell Selbstständige sind die Betreuer*innen zwar in der Wirtschaftskammer Pflichtmitglieder, eine ordentliche Vertretung gibt es aber nicht. In der Fachgruppe „Personenberatung und Personenbetreuung“ sind die Agenturen ebenso wie die Betreuer*innen vertreten – de facto haben die Betreuer*innen dort allerdings niemanden, der sich um ihre Bedürfnisse kümmert.

Wie absurd diese Situation in der Praxis ist, berichtet Ramona: „Immer wenn wir bei der WKO anrufen und sagen, dass es einen Konflikt gibt zwischen uns und den Agenturen, ist die Antwort, dass ein Interessenkonflikt für die WKO vorliege, weil sie sowohl die Agenturen als auch uns vertreten. Und genau deswegen passiert nichts.“ Nicht einmal bei eigentlich einfach lösbaren Hürden gebe es ein Entgegenkommen. Schon für Menschen mit deutscher Muttersprache sind die Formulare schwer zu bewältigen, in den Muttersprachen der Betreuer*innen sind sie gar nicht erst verfügbar.

Unterstützung von anderer Seite scheint daher essenziell. Eine Alternative ist die vidaflex, die als Initiative der Gewerkschaft vida EPU und Kleinunternehmer*innen anspricht – und zwar mit Steuer- und Rechtsberatungsangeboten. Eine echte Gewerkschaft ist sie nicht, sondern ein Verein. Die slowakischen, die rumänischen und neuerdings auch bulgarischen Betreuer*innen tauschen sich aus, was rechtliche Bestimmungen und Hilfestellungen betrifft. Nach außen tritt man mit gemeinsamen Forderungen auf, etwa nach einheitlichen Freizeitregelungen – langfristig mit der Hoffnung, die momentane Scheinselbstständigkeit der Betreuer*innen in Anstellungsverhältnisse umwandeln zu können.

Sprachangebote

Innerhalb der jeweiligen Communitys wird auch in den Herkunftsländern Lobbyarbeit betrieben, sagt Flavia Matei, Aktivistin und eine der Initiatorinnen der IG-24. Seit Jahreswechsel besteht eine neue Website, auf der wichtiges Informationsmaterial gesammelt ist. Der nächste Schritt sei die Bereitstellung von sprachlichen und

beruflichen Fortbildungsangeboten. Außerdem soll die Website in möglichst vielen Sprachen verfügbar sein. Die Sprachbarriere sei ein großes Problem, das im Arbeitsalltag der Frauen oft nicht bewältigbar ist. Wer etwa eine demente Person betreut, hat keine Chance, nebenbei seine Deutschkenntnisse zu verbessern. „Es gibt keine aktiven Integrationsangebote für diese Zielgruppe, die an die Realität dieses Berufs angepasst sind“, so Matei. „Wenn sie in Österreich sind, arbeiten sie 24 Stunden am Tag bei ihren Klient*innen, und wenn sie nicht in Österreich sind, sind sie zu Hause in der Turnuspause mit ihren Familien, wo sie sich regenerieren sollten.“

Von all diesen Problemen weiß auch Emil Grula. Durch seine Rechtsberaterstätigkeit kennt er auch die rechtlichen Probleme und die haarsträubende Unausgegorenheit der geltenden Rechtslage genau – und viele der Gemeinheiten der schwarzen Schafe unter den Agenturen, etwa „wenn eine Agentur die Gewerbeberechtigung der Betreuerin eigenmächtig löscht, wenn das Arbeitsverhältnis beendet wird, weil sie die Vollmacht dazu hat“. Wenn so eine Agentur vom Markt verschwindet, sei das auch zum Vorteil für jene Agenturen, die ordentlich arbeiten, doch „die beste Agentur ist keine



Emil Grula, ÖGB-Rechtsberater für 24-Stunden-Betreuer*innen kennt die Probleme nur zu gut:
 „Das ist eine besondere Form des Prekariats.“

Agentur. Viele erfahrene Betreuerinnen versuchen sich gegenseitig Tipps zu geben, wie man von den Agenturen loskommt“, berichtet er aus seiner Beraterpraxis.

Derzeit wirkt Grula an einem Pilotprojekt für eine gewerkschaftliche Vertretung von Personenbetreuer*innen mit, das beispielhaft auch für andere Länder sein könnte: Seit einigen Jahren baut er bei der Gewerkschaft für Privatangestellte (GPA) in der Abteilung für internationale Beziehungen eine Kooperation zwischen Österreich und der Slowakei auf, die auf den sich wandelnden Arbeitsmarkt eingehen soll.

Viele Firmen arbeiten international, die Gewerkschaften jedoch nicht. Wenn aber ein österreichisches Unternehmen seine slowakischen Mitarbeiter*innen nach slowakischem Recht bei der österreichischen Mutter anstellt, ist das Lohndumping. Eine Gewerkschaft, die sich um solche Fälle sorgt, gab es zunächst nicht – doch nun kümmert sich die neugegründete Betriebsgewerkschaft UNIJA um derartige Beschäftigungsverhältnisse.

Hilfe zur Selbsthilfe

Die UNIJA hat inzwischen auch die Aufmerksamkeit von 24-Stunden-Betreuer*innen auf sich gezogen. Zwar ist die Branche eine andere, die Probleme sind aber immer wieder dieselben: Scheinselbstständigkeit ist besonders in der Slowakei ein enormes Thema, und die Probleme der Grenzgänger*innen gleichen sich, egal ob das Leute im Baugewerbe, Techniker*innen oder eben 24-Stunden-Betreuer*innen sind. Eine Gruppe von Betreuer*innen sei von sich aus auf die UNIJA zugegangen, so Grula: „Es handelt sich um eine reine Grassroots-Bewegung von Aktivist*innen, die bereits in diversen Facebook-Gruppen aktiv waren und jetzt das Bedürfnis haben, sich auch formal, also unter einem Rechtssubjekt, zu organisieren. Dazu haben wir ihnen die Nutzung unserer Infrastruktur angeboten.“ Im Idealfall sei diese Kooperation Hilfe zur Selbsthilfe.

Niedrigere Honorare bedeuteten für die Frauen auch niedrigere Pensionen – und damit die Gefahr von Altersarmut.

Etwa 600 Frauen seien bereits Mitglieder der UNIJA, weitere 300 seien bereits in der Warteschleife. Konkrete Petitionen seien bereits geplant. Dazu gehören beispielsweise die Anhebung des Zuschusses zur 24-Stunden-Betreuung unter der Einführung spezieller Kriterien wie Mindestsätze bei den Tageshonoraren, ein Mindestausmaß an Freizeit und eine finanzielle Berücksichtigung von Feiertagen. „Es kann ja nicht sein, dass wir nach inzwischen 13 Jahren, die es die 24-Stunden-Betreuung legal in Österreich gibt, immer noch darüber streiten, dass Frauen Tagesfreizeit haben müssen.“ Außer-



„Es gibt keine aktiven Integrationsangebote, die an die Realität dieses Berufs angepasst sind“, kritisiert Aktivistin Flavia Matei. Das will sie ändern.

dem sei das Ziel, einer weiteren Senkung der Honorare entgegenzuwirken. Derzeit findet unter den Agenturen ein Wettbewerb nach unten statt, so Grula. Niedrigere Honorare bedeuteten für die Frauen auch niedrigere Pensionen – und damit die Gefahr von Altersarmut.

Ob das Projekt der UNIJA womöglich zu einem europäischen Vorbild werden kann und inwieweit die gewerkschaftliche Organisation scheinselfständiger Personenbetreuer*innen über internationale Grenzen hinweg funktionieren kann, wird sich zeigen. Die gegenseitige Hilfe auf Augenhöhe sei in jedem Fall auch zwischenmenschlich unentbehrlich, so Ramona.

Sie hat inzwischen eine neue Stelle in Vorarlberg gefunden, wo sie einen alten, gebrechlichen Herrn und seine Partnerin umsorgen wird. Die Anreise dorthin sei wesentlich beschwerlicher. Immerhin habe sich die Caritas als Vermittlerin als fair erwiesen, habe Ramona sogar nach ihren Honorarvorstellungen gefragt. Die Vorstellung, in Vorarlberg fernab aller Bekannten zu arbeiten, sei für sie dennoch hart.

„Wir führen ein Leben zwischen zwei Ländern und finden nicht wirklich unseren Platz. Ich bin nicht mehr in Rumänien, weil ich dort so wenig Zeit habe, und in Österreich bin ich nicht ganz akzeptiert. Mir fehlt das soziale Leben sehr.“ Verständnis und Unterstützung findet sie in ihren Facebook-Gruppen – bei den Kolleg*innen, die in derselben Situation stecken. ▀

* Namen geändert

Rassismus-Blockade gegen Gewerkschaften

*Die europäischen Kolonialmächte verboten einheimischen Arbeitnehmer*innen in Afrika, Asien und Lateinamerika fast immer, Gewerkschaften zu gründen. Mit den Befreiungsbewegungen kam ihre Chance – aber die Globalisierung setzt sie unter neuen Druck.*

TEXT BRIGITTE PELLAR

Wer Ende der 1950er-Jahre zum ersten Mal Geografieunterricht hatte, bekam einen Atlas, der schon nach wenigen Schulstufen überholt war. Er zeigte große Teile Afrikas, viele Gebiete Asiens und auch einige in der Karibik als Kolonien europäischer Staaten, vor allem Großbritanniens und Frankreichs, aber auch der Niederlande, Belgiens, Portugals und Spaniens. Sie hatten ihren riesigen Besitz „in Übersee“ mit Gewalt, Betrug und schäbigen Tricks zusammengeraubt und ihn manchmal auch zum Nachteil von Konkurrenten vermehrt. Dem Vereinigten Königreich gelang dies zum Beispiel nach dem Ersten Weltkrieg, als es die afrikanischen Kolonien des besiegten Deutschlands als Völkerbundmandate übernahm.

Trotzdem wirft der Völkermord nach dem Aufstand einer Befreiungsbewegung im damaligen Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, seine dunklen Schatten bis in das 21. Jahrhundert, wie die aktuellen Nachrichten über Wiedergutmachungsverhandlungen zwischen Deutschland und Namibia sichtbar machen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als auch die Sieger über Hitler-Deutschland und dessen Verbündete geschwächt waren, konnten Befreiungsbewegungen fast überall die Unabhängigkeit erkämpfen, was zum Aktualitätsverlust des Schulatlas führte. Das fiel in die Zeit des Kalten Krieges zwischen den neuen Supermächten USA und Sowjetunion, die in dieser Situation versuchten, ihre Einflussphären zu sichern und zu vergrößern.



Afrikanische Delegierte beim Gründungskongress des Internationalen Gewerkschaftsbunds in Wien 2006. Die einheimischen Arbeitnehmer*innen aus den ehemaligen Kolonialgebieten der europäischen Mächte hatten erst sehr spät die Chance auf anerkannte gewerkschaftliche Organisation.



Gegenwind

Vor diesem Hintergrund formierte sich die Gewerkschaftsbewegung außerhalb Europas, abgesehen von Nordamerika, Australien und Neuseeland, wo sich in der Gesellschaft weißer Siedler*innen zum Teil früher als etwa in Österreich Arbeitnehmer*innen zusammenschlossen, aber die indigene Bevölkerung sehr lange Zeit brutal zur Seite gedrängt wurde. Der Gewerkschaftsaufbau in den europäischen Kolonien, die – mit oder ohne einheimische Marionettenregierungen – direkt von den europäischen Mächten kontrolliert wurden, gestaltete sich dagegen besonders schwierig. Wie in den Siedler*innenkolonien wurde den einheimischen Arbeitnehmer*innen auch hier sehr lange das Koalitionsrecht vorenthalten, aber selbst der Organisierung der wenigen weißen Arbeitnehmer*innen waren die Kolonialverwaltungen noch weniger freundlich gesinnt als in den Staaten Europas. Ausnahmen wie Guyana bestätigten nur die Regel: Hier bestand ein enger und guter Kontakt zu den britischen Gewerkschaften.

Das Verhalten der europäischen Gewerkschaften, auch jener, die aus der sozialdemokratischen Arbeiter*innenbewegung hervorgingen, war allerdings oft ebenso wenig frei von rassistischen Vorurteilen wie die Gewerkschaften der weißen Zuwanderer*innen in den Kolonien. In Südafrika gehörten etwa die großen Gewerkschaften der weißen Arbeitnehmer*innen zu den Stützen des Apartheid-Systems.

Lebensgefahr

1913 wurde das Siedlungsgebiet der afrikanischen Mehrheitsbevölkerung auf sieben Prozent des Landes beschränkt, die kleinen Landwirtschaften konnten die Familien nicht ernähren, und so suchten die Männer als Wanderarbeiter Jobs in den Bergwerken, jedes Jahr woanders. Sie hatten dadurch kaum eine Chance, sich zu organisieren, als sie es aber trotzdem versuchten, war es lebensgefährlich. Einer von ihnen besuchte in den 1920er-Jahren die österreichischen Arbeiterkammern in Wien und Linz, um über die schwierige Situation zu informieren. Er wurde nach seiner Rückkehr 1928 ermordet.

Später spielten die schwarzen Gewerkschaften Südafrikas eine wichtige Rolle in der Bewegung, die die Apartheid beseitigte. Fast überall in Afrika und Asien beteiligten sich die Gewerkschaften der Einheimischen, die sich mittlerweile zum Teil illegal, zum Teil mit Duldung der Behörden bilden konnten, aktiv an den Befreiungskämpfen. Trotzdem kam es auch in vielen der neuen Staaten weiter zur Verfolgung von Gewerkschafter*innen. Sie hörte manchmal bis heute nicht auf oder sie setzte wieder ein, als die Ausbeutung möglichst billiger Arbeitskräfte Leitmotto der globalisierten Wirtschaft wurde – auch zum Schaden der Arbeitnehmer*innen in den reichen Ländern wie Österreich. ▀



Die rechtlosen einheimischen Arbeiter in den südafrikanischen Goldminen erfanden vor über hundert Jahren einen Geheimcode durch das Klatschen auf ihre Gummistiefel, um sich ohne Gefahr verständigen zu können. Daraus wurde Gumbboot-Dancing.

Soziales Europa – jetzt aber wirklich?



OLIVER RÖPKE
LEITER DES ÖGB-EUROPABÜROS
IN BRÜSSEL

Die politischen Rahmenbedingungen in vielen EU-Ländern sind derzeit alles andere als gewerkschaftsfreundlich. Dennoch ereignete sich Anfang Mai etwas Bemerkenswertes: Erstmals seit vier Jahren fand ein EU-Gipfel statt, der sich ausschließlich mit der Zukunft des sozialen Europas beschäftigte. Dieser Sozialgipfel von Porto brachte einige beachtliche Ergebnisse, doch wie so oft hapert es an der Umsetzung.

Die Kernfrage ist: Während sich die Welt immer weiter globalisiert, meinen manche immer noch, die EU soll sich auf den Binnenmarkt konzentrieren, aber bloß keine verbindlichen sozialen Standards schaffen. Doch diese Auffassung der meisten Arbeitgeberverbände hat mit der Realität immer weniger zu tun. Laut Eurobarometer-Umfrage ist das soziale Europa für fast 90 Prozent der Menschen wichtig. Mehr als 70 Prozent aller Europäer*innen beklagen einen Mangel an sozialen Rechten in der EU. Worauf warten wir also? Beim Sozialgipfel in Porto haben sich alle Mitgliedstaaten, die Kommission und das Parlament gemeinsam mit den Sozialpartnern dazu bekannt, den Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte konkret umzusetzen. Das heißt zum Beispiel: Schluss mit prekärer Beschäftigung und Armutslöhnen, alle Arbeitnehmer*innen in der EU müssen endlich auch in der Praxis das Recht auf Kollektivverträge und gerechte Mindestlöhne haben. Längst überfällig sind auch verbindliche EU-Regeln zur Lohntransparenz, um den Gender-Pay-Gap endlich wirksam zu bekämpfen. Ohne zusätzliche Maßnahmen würde es nach Berechnungen des Weltwirtschaftsforums weitere 135 (!) Jahre dauern, um die Lohndiskriminierung von Frauen zu beseitigen.

Die Beschäftigungsquote soll bis 2030 auf mindestens 78 Prozent steigen, und in Zukunft sollen mindestens 60 Prozent aller Beschäftigten in der EU an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen. Besonders wichtig: Der Sozialgipfel fordert auch stärkere verpflichtende Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer*innen und Betriebsräte, um den Green Deal und die Digitalisierung auch wirklich sozial zu gestalten. Dies war eine wichtige Forderung von ÖGB, EGB und des EWSA. Das politische Momentum von Porto muss nun genutzt werden, um diese Pläne endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Kluge Papiere haben wir genug, die europäischen Gewerkschaften werden bei der gerade gestarteten Konferenz zur Zukunft Europas darauf bestehen, dass auch Taten folgen. ▀

shop.oegbverlag.at

NEU



Arbeitszeitgesetz

Mag. Georg Gasteiger, Gewerkschaft Vida

Mag.^a Gerda Heilegger, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Hon.-Prof. Dr. Christoph Klein, Direktor der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Gesetze und Kommentare

7. Auflage / 2021 / 760 Seiten / EUR 78,00

ISBN 978-3-99046-545-5

Buch + e-Book + Online

Kaum ein anderes Teilgebiet des Arbeitsrechts ist für die praktische Anwendung so schwer zugänglich wie das Arbeitszeitrecht. Andererseits spielt die Gestaltung der Arbeitszeit für die Betroffenen eine ganz entscheidende Rolle. Klarheit und ausreichende Information über die Rechtsgrundlagen sind für sie deshalb besonders wichtig.

Dieser Kommentar erscheint als Kombination von Druckwerk, Online-Datenbank und e-book. Bei wichtigen gesetzlichen Neuerungen wird deren Kommentierung in der Online-Datenbank zeitnah ergänzt.

NEU



Handels-KV 2021

Univ.Prof. iR. Mag. DDr. Günther Löschnigg, Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Karl-Franzens-Universität Graz

Mag.^a Silvia Sarny, Institut für Soziale Arbeit und Sozialmanagement KG

Florian Löschnigg, B.A.,M.A., Alcon Ophthalmika GmbH

Kommentierte Kollektivverträge

8. Auflage / 2021 / 620 Seiten / EUR 36,00

ISBN 978-3-99046527-1

Buch + e-Book

Der Kollektivvertrag für die Angestellten im Handel erfasst über 400.000 Beschäftigte in ca. 80.000 Betrieben. Er hat eine zentrale Ordnungsfunktion im Handel für ganz Österreich und stellt einen verantwortungsvollen sozialpolitischen Kompromiss für diesen wichtigen Sektor der österreichischen Wirtschaft dar. Der Praxiskommentar enthält den Handels-KV in der neuesten Version, ausführliche Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen, die umfangreiche Rechtsprechung und Verweise zu weiterführender Literatur.

Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

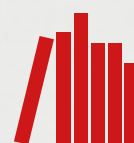
Rathausstraße 21, 1010 Wien

shop@oegbverlag.at

Telefon 01/405 49 98-132

Fax 01/405 49 98-136

**Versand-
kostenfrei ab
30 Euro
Bestellwert**



DIE LETZTEN JAHRE IM VERGLEICH



Gratis Download der Broschüre
www.forba.at/publikationen/broschueren/

FORBA



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
 Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
 teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
 die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

AW